Einzelnummer 20 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 53 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus; bei Abholung 2.00 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. sowie 46 Pf., vierteljährlich 6.00 Mk. u. 1.26 Mk. Postgebühr. Bei Einland u. o. Postscheckkontomonatl. 2.25, viertel. 6.75 Mk. | Halle, Mittwoch, den 3. März 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeterzeile. Kollektivanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Das Kohlenkapital im Kampf mit der Regierung.

Wir haben das früher nie so klar gewußt wie heute, daß die Kohle der Nerv des deutschen Wirtschaftslebens ist. In den Kriegsjahren wurden die Kohlenbergwerke durch Raubbau verdorben, die Fördereinrichtungen aufs äußerste abgenutzt, die Bergarbeiter bei mangelhafter Ernährung in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgebracht. Die Kohlenproduktion ging erschreckend zurück und lähmte das gesamte wirtschaftliche Getriebe: die Zwangsablieferungen an die Entente machten das Maß des Leidens voll.

Von der Steigerung der Kohlenförderung hängt unsere Zukunft ab.

In voller Erkenntnis dieser ernsten Lage war die Reichsregierung entschlossen, jedes Mittel anzuwenden, das eine Produktionserhöhung erwarten ließ. Zur Heranholung neuer Bergarbeiter wurde zunächst ein Siedlungsunternehmen von riesigem Umfange eingeleitet und das notwendige Milliardenkapital durch einen Zuschlag zum Kohlenpreis bereit gestellt. Weitere Milliarden sind nötig, um die verrutzten Betriebseinrichtungen zu erneuern und zu ergänzen, die Werkanlagen zu erweitern, neue Kohlenfelder in Angriff zu nehmen. Die Bergbauunternehmungen erklärten sich außerstande, diese Milliarden beizubringen. Das Reichswirtschaftsministerium war auch hier bereit, mit Hilfe der Allgemeinheit, das heißt, durch einen weiteren Zuschlag zum Kohlenpreis, das Notwendige beschaffen zu helfen. Auf Grund der rechnerischen Unterlagen kam schließlich ein Zuschlag von 18 Mk. auf die Tonne, also 90 Pfg. auf den Zentner, in Frage — ein Satz, der für die Verhandlungen mit dem Kohlenbergbau eine brauchbare Grundlage zu geben schien.

Aber das Reichswirtschaftsministerium sah zugleich als selbstverständlich an, daß dem Milliardenopfer der Allgemeinheit insofern eine Gegenleistung gegenüberstehen müsse, als der Allgemeinheit für die eingeschlossenen Milliarden 1. ein Miteigentumsrecht und 2. ein Kontrollrecht darüber eingeräumt wurde, ob die investierten Summen auch voll und ganz zu Zwecken der Produktionssteigerung verwendet wurden. Den Milliardenzuschlag zu nehmen, dazu war die Kohlenunternehmerschaft ohne weiteres bereit. Die Gegenleistungen aber stießen auf eisernen Widerstand. Mit den verzweifeltsten Mitteln, von den knifflichsten bilanztechnischen Bedenken bis zu der Weltmarktpreislogik: „Die 18 Mk. sind in Wahrheit doch nur 90 Pfg. wirklicher Wert!" stemmten sich ihre Wortführer Stinnes, Silberberg und Vehlsen gegen diese „unerträgliche Zumutung".

Der zwischen dem Kohlenkapital und dem Reichswirtschaftsministerium entbrennende Kampf

um die Gegenorganisation nahm so offene Formen an, daß die letzte Sitzung des Reichskohlenrats von Sonnabend so gut wie ergebnislos abgebrochen werden mußte. Die unerschütterliche Festigkeit der Regierung reizte den alten autokratischen Unternehmergeist auf das Heftigste. Das Unternehmertum, das sich ursprünglich außerstande erklärt hatte, die notwendigen Gelder auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen, war plötzlich bereit, die Gelder für Neuanlagen „vielend" zu besorgen, bestand aber darauf, die Kosten zur Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel der Allgemeinheit in Gestalt des höheren Kohlenpreises aufzubürden — ohne Mitbeteiligungsrecht, ohne Kontrollrecht! Die Ablehnung beantragte Herr Stinnes mit dem schweren Vorwurf, daß die Regierung durch ihr starres Verhalten die Dinge verschleppe, was angesichts des Schreies nach Kohle unverantwortlich sei. Das erlaubt sich derselbe Herr Stinnes zu sagen, der die letzte Kohlenratssitzung selbst mit einem Vertagungsantrag zum Abschluß gebracht hatte.

Wir müssen mehr Kohle haben, und zwar baldigst! Wir müssen die Produktion steigern, und zwar energisch!

Der Kampf zwischen Kohlenkapital und Regierung ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes,

dessen Existenz mit der Kohle steht und fällt. Darum muß das Volk aufstehen und den Willen der Regierung durchsetzen helfen. Das Reichswirtschaftsministerium ist in seinem Entgegenkommen gegen den Kohlenbergbau von jeher bis an die Grenze des Aeußersten gegangen, im Interesse der Förderung. Jedes Ueberschreiten dieser Grenzen wäre ein Vergehen am Volkswohl. Nach der Reichsverfassung sind die Bodenschätze nicht dem privaten Mutwillen Einzelner ausgeliefert, sondern sie müssen im Dienst der Allgemeinheit verwaltet werden. Die Kohlenunternehmer haben es wiederholt ausgesprochen, daß sie sich dessen bewußt seien, daß der ehemalige Herrenzustand vorüber und nicht wieder zu erwarten ist. Es handelt sich heute darum, daß sie nun auch die praktische Konsequenz aus dieser Einsicht ziehen. Sie können nicht mehr wie früher absolutistischer Herr in einem Hause sein, das zu einem großen Teil aus den Mitteln der Allgemeinheit erbaut ist. Sie werden sich entschließen müssen, ihre Herrschergewalt mit dem „Volk" zu teilen, ohne das sie nichts sind.

Beendigung des französischen Eisenbahnerstreiks.

Paris, 1. März. Reuter meldet: Der Eisenbahnerstreik ist beendet.

Paris, 2. März. Nach den Erklärungen Millerands über den Streik der Eisenbahner in der Kammer nahm diese mit 508 gegen 75 Stimmen eine Tagesordnung an, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks billigt.

Erfolge des Streiks.

WTB. Paris, 2. März. Ueber die Grundlagen der Einigung zwischen den Direktoren der Eisenbahnen und den Ausständigen wird berichtet: Das Gewerkschaftsrecht muß beachtet werden. Die Lohnlistenstatuten des Eisenbahnerverbandes müssen auch auf den großen Linien angewendet werden. Die Regierung soll sich gleichfalls der Lohnstatuten bedienen. Auf den Nebenbahnen sollen die gleichen Zugeständnisse gemacht werden. Ueber Niedersetzung einer gemeinsamen Kommission zur Beratung der künftigen Verwaltungsreform wird mit der Regierung verhandelt. Arbeitgeber, sowie Arbeitnehmer unterwerfen sich dem Schiedsspruche des Ministerpräsidenten, der dahin geht, daß alle Disziplinarstrafen aufgehoben und die Streiktage nicht bezahlt werden sollen.

Solidarität mit den Verhafteten.

Paris, 2. März. Die Delegation der Pariser Eisenbahn-Gewerkschaften kündigt in einer Mitteilung an die Presse an, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen, falls die Regierung die Freilassung der verhafteten Genossen verweigern sollte.

Das Besitzsteuergesetz vom Reichsrat angenommen

Berlin, 2. März. WTB. läßt melden: Der Reichsrat hat heute das Besitzsteuergesetz angenommen. Nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zum ersten Male soll sie erfolgen nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1922. Von der neuen Besitzsteuer bleiben Erbschaften frei und alle Vermögensvermehrungen, die bereits durch die Kriegssteuergesetze getroffen sind. Der Tarif des alten Besitzsteuergesetzes, der zwischen 0,75 und 2,50 Prozent schwankte, ist auf 1 bis 10 Prozent erhöht worden. Er ist noch gemildert durch eine allgemeine Durchstaffelung. Ein Vermögenszuwachs von 5000 Mark bleibt steuerfrei, ebenso werden sämtliche Vermögen unter 20 000 Mark nicht besteuert.

Gesetzentwurf über Kommunalisierung.

Berlin, 2. März. Dem Kabinett ist heute seitens des Reichsministeriums des Innern der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben zugestellt worden. Es ist dies das achte größere Gesetz, das im Laufe einer Woche im Reichsministerium des Innern fertiggestellt worden ist.

Die Steinkohlenpreiserhöhung.

Berlin, 2. März. WTB. läßt berichten: Auf Grund der Ueberschichten, die von den Bergleuten zur Hebung der Kohlenförderung verfahren und welche mit einem hundertprozentigen Aufschlag zum üblichen Lohn entschädigt werden, mußte sich der Reichskohlenverband mit Anträgen der Syndikate, die auf Preiserhöhung abzielten, befassen. Er beschloß unter der Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums für die Bezirke des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, des niedersächsischen Steinkohlensyndikats und des Steinkohlensyndikats für den Freistaat Sachsen, eine Preiserhöhung von 15 Mark für die Tonne Steinkohle ausschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer ab 1. März 1920 eintreten zu lassen. Für die dem bayerischen Kohlensyndikat angehörigen Braunkohlengruben wurde eine Preiserhöhung von 80,65 Mark für eine Tonne Briketts und von 26,40 Mark für die Tonne Rohbraunkohle einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer beschlossen.

Danzigs Ernährungsschwierigkeiten.

WTB. Danzig, 2. März. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahner und der Danziger Verbraucherkammer hatten am Sonnabend eine Unterredung mit dem Oberkommissar Sir Reginald Tower, in der dargelegt wurde, daß die Ernährung der Bevölkerung in Danzig völlig unzureichend sei, besonders weil die Zensur an den abgetretenen Gebieten durch nachgeordnete polnische Behörden gehindert werde. Der Oberkommissar erwiderte darauf u. a.: Die Wünsche über die Grenzfestsetzung des Freistaates habe ich befürwortet an den Obersten Rat in Paris weitergegeben, glaube aber kaum, daß sie alle erfüllt werden können. Danzig ist mit seiner Ernährung auf Polen und Deutschland angewiesen, aber auch Polen hat ein Interesse daran, daß es Danzig gut geht. Von seiten der Verbraucherkammer wurde alsdann darauf hingewiesen, daß eine Vorbedingung für die Gesundung und den Wiederaufbau die baldige Schaffung einer gesunden Währung sei. Vielleicht würde man am besten mit einer Danziger Währung beginnen, die auf einem gleichbleibenden Preise aufgebaut sei.

Die Abstimmung in Straßburg.

Sieg Longuets.

Straßburg, 1. März. (TU.) Bei der Abstimmung über die Frage des Beitritts zur dritten Internationale auf dem Sozialistenkongreß erhielt die Richtung Longuet, die für den langsamen Anschluß an die dritte Internationale eintrat, die Mehrheit mit 3300 Stimmen, die Richtung Loriot, die für den bedingungslosen unverzögerten Beitritt eintrat, 2620 Stimmen und die Richtung Blum, die sich von der Richtung Longuets nur durch geringe Nuancen unterscheidet, 780 Stimmen. Die Richtung Renaudel sah sich genötigt, ihre Resolution zurückzuziehen. Durch diese Abstimmung ist die Einigkeit in der französischen sozialistischen Partei gewahrt.

Die amerikanische Präsidentschaftskandidatur.

New York, 2. März. Havas. Justizsekretär Palmer hat die ihm von der demokratischen Partei angebotene Kandidatur als Präsident der Vereinigten Staaten angenommen.

(Weitere Nachrichten und Telegramme Seite 3)

Zur Betriebsrätewahl.

W. V. Es muß nicht auch, wenn man die vor der Tür stehenden Wahlen der Betriebsräte noch einmal würdigen will, noch besonders ausgeführt und begründet werden, wie nur die Hebung der Produktion, nur die vermehrte Schaffung von Werten uns aus dem Elend herausführen kann, und mit der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands allein die Möglichkeit mit sich zu bringen vermag, die Errungenschaften der Revolution auszubauen und die Revolutionierung des Kapitalismus in den Sozialismus vorwärts zu treiben. Die kommunistischen Heilsapostel, die den letzten Grad bolschewistischer Konsequenz, die radikalste Katastrophenpolitik zu vertreten sich rühmen, finden an solchen Bestrebungen herzlich wenig Geschmack und sie denunzieren daher auch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz, das die Betriebsräte zu gesetzlichen Faktoren des wirtschaftlichen Aufbaues macht neben ihren weiteren sozialen Bestimmungen, als konterrevolutionär, und obschon sie in versteckten Kämmerlein es studieren mit heißem Bemühen und viele Pläne schmieden zu seiner „Ausnutzung", schlagen sie es als „zweites Sozialistengesetz" an den Pranger und verschwören sich hoch und heilig, nicht nur sich der Wahlbeteiligung zu enthalten, sondern auch aufs kräftigste wie bei der Nationalwahl gegen sie zu agitieren. Es ist ja nur ein Häuflein klein, U. S. P.-Genossen und Zentralkommunisten wollen ja mitwählen und die Angelegenheit, die uns wichtigster Vorbau ist zur schrittweisen Aufrichtung vergesellschafteter Wirtschaft nutzen, um von neuen Tribünen die bolschewistische Phraseologie verkünden zu können. Jene aber, die in ihrem Irrwahn sich selbst getreu und in Abstinenz zu bleiben noch gewillt sind, jene denken. Wenn auch falsch. So, wie sie das „Kommunistische Manifest" jenes als Endprogramm und Richtpfeiler von Marx und Engels hingestellte Wissen, um den notwendig-sicheren Sieg des Sozialismus in verblendeter Verbohrtheit als heute, gerad' heute gültigen Maßstab nehmen und ihr Aktionsprogramm daraus schmieden („Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust"), so klammern sie sich blind gegen der Gegenwart Tatsachen an alle Worte, die jene vor fast einem Jahrhundert sprachen.

„Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um die Beherrschungs- und Ausbeutungsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0001

Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschinerie, vernichten mit der Qual seiner Arbeiter ihren Inhalt."

So Marx im „Kapital" vernehmend, lachen sie allem Hohn, was von Hebung der Produktion und Interessierung der Arbeiterschaft an ihr gesagt wird. Ob sie nicht fühlen, wie sehr sich die Zeiten seit jenen Tagen gewandelt haben? Nun, der klassenbewußte Arbeiter weiß heute seine Stellung im Arbeitsprozeß einzuschätzen, er, der keinen Phantasiegebilden nachjagd, weiß, daß heute mit gehobener, gesundeter Produktion, solange die demokratische Staatsform das allen gleiche Recht gewährleistet und sieghaft der Gedanke des Sozialismus marschiert, nie mehr die „Mittel zur Entwicklung der Produktion" umschlagen werden „in Beherrschungs- und Ausbeutungsmittel der Produzenten".

Die Betriebsräte werden dafür sorgen. Sie werden aber darüber hinaus zu bewirken haben, daß die Arbeiterschaft die Trägerin der Produktion sich auch kulturell heraus entwickelt, und daß mit fortschreitender Entkapitalisierung auch Marxs weitere Folgerungen (s. o.) sich immer weniger bewahrheiten. Alles dies wird im Rahmen ihres Gesetzes und über ihn hinaus dann möglich sein, wenn sich die Betriebsräte bewähren werden als Arbeiterräte, als Produktionsräte und nicht als Phrasen- und Rederäte.

Einer, der auf dem besten Wege ist, von der Zentrale der Berliner Rätesystem- und „Erklärungs"fabrik der U. S. P. aus die Betriebsrätewahlen in letzterem Sinne vorzubereiten, der auch hier seiner ebenso phrasenreichen wie inhaltslosen Reden wegen bekannte Abg. Koenen hat auf dem ersten Rätekongreß in Berlin im Dezember 1918 nach Langem und Breitem über die Sozialisierung, wie er sie auffaßt, das folgende Wort gesprochen:

„Wollen wir die Produktion wieder heben, wollen wir dafür sorgen, daß wir durch Arbeit aus dem furchtbaren Chaos, aus der Not herauskommen, dann können wir nicht mit bei den Kapitalisten anfangen, die Kapitalisten zu interessieren, sondern wir müssen die Arbeiter an der Arbeit interessieren. Das ist der einzige Weg, der uns aus diesem Sumpf führen kann."

Dieses immerhin vernünftige Wort, das vielleicht längst bereut ist, könnte als Motto über das Betriebsrätegesetz geschrieben sein. Denn mehr denn je ist es heute eine goldene Wahrheit gegenüber der „Weisheit" jener Saboteure, die dazu auffordern, mit den Händen in den Taschen dem Weltuntergang zuzusehen und das kommunistische Himmelreich in dessen Gefolgschaft zu erwarten. Alle Erfahrung, aller harter Arbeiterkampf, alle sozialistische Erkenntnis empört sich gegen diese Sportgeburt von Beweisführung. Nein, Koenen hatte recht, als er so sprach. Die Arbeiter müssen an der Arbeit interessiert werden: durch die Betriebsräte und sie werden an der Arbeit interessiert werden. In diesen Tagen und den nächsten Wochen wird sich in besonderem Maße das Interesse in den Betrieben bemerkbar machen, wo die Vorbereitungen zur Wahl und zum Aufbau getroffen werden. Möchte doch überallhin die Erkenntnis dringen, wieviel davon abhängt, wer in die Räte gewählt wird. Es ist oft gesagt und kann doch nicht oft genug wiederholt werden, wie unmöglich die Maulhelden aller Schattierungen, wie unnütz auch jene übertrieben geschäftsbeflissenen Leute für diesen Zweck sind, wie es durchaus nottut, gerade die im Betrieb erfahrensten, die gewerkschaftlich geschultesten Räte zu wählen, die mit einem Höchstmaß von Bildung und Sachkenntnis eine aufrecht sozialistisch-solidarische Gesinnung verbinden. Die mehr verstehen, als demagogische Agitationsreden zu halten, und die ehrlicher gesonnen sind, als „radikale" Klingel heuer in den Betrieben von „revolutionären" Räten deklamiert: so müssen die zu wählenden Betriebsräte beschaffen sein, wenn anders nicht das gemeinsam auf der Lauer liegende Unternehmertum und Großkapital im Handumdrehen am Verhandlungstisch mit den Phrasendreschern fertig werden soll, wenn das kapitalistische — in Marxs angeführten Worten kurz skizzierte — System nicht noch weiter wuchern soll, sondern unter Mitwirkung der an der Arbeit und Produktion (siehe Koenen!) interessierten Arbeiterschaft die zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufgebaut werden soll, um dann aus dem Zustande der kapitalistischen Anarchie in den der sozialistischen Wirtschaftsordnung gewandelt werden zu können.

In diesem Sinne zur Tat geworden und geübt, werden die deutschen gesetzlich verankerten Betriebsräte und ihre Wahl die Anrücklegung einer neuen Etappe der sozialen Revolution bedeuten.

Der preußische Verfassungsentwurf.

„Preußen ist eine Republik und Glied des Deutschen Reiches."

So laute § 1 des der preußischen Landesversammlung zugegangenen Verfassungsentwurfs. An die Stelle des erledigten preußischen Königstums soll aber nicht, wie in den andern Gliedstaaten des Reichs, ein neuer Staatspräsident treten, sondern die Spitze bleibt unbesetzt. Das Staatsministerium führt namens des Volkes die Regierung." heißt es im § 4. Das Volk gibt seinen Willen durch den Landtag kund (§ 3) und dessen Präsident ist es, der den Staat in allen Rechtsgeschäften zu vertreten hat. Der Land[illegible]präsident wird deshalb die Befugnisse eines Ministers. Seine Stellung ist dann neu und eigenartig. Er beruft den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die sonstigen Minister. Der Ministerpräsident bestimmt dann die Richtlinien der Regierungspolitik (§ 27). Es besteht also zwischen dem Landtags- und dem Ministerpräsidenten ein ähnliches Verhältnis wie zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler. Auf einen besonderen Staatspräsidenten für Preußen soll verzichtet werden, um Reibungen zwischen ihm und dem Reichspräsidenten zu verhüten. (Auch Bismarck war schon auf die Vermeidung von Konflikt an zwischen dem Reich und Preußen bedacht, als er die Personalunion zwischen Reichskanzleramt und preußischem Ministerpräsidenten schuf.)

Dem Staatsministerium, der Regierung also, sind weitgehende Befugnisse eingeräumt. Es ernennt die Beamten sowie die Vertreter Preußens im Reichsrat, es übt das Recht der Begnadigung aus und kann, sofern der Landtag nicht versammelt ist, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, wenn die öffentliche Sicherheit oder ein unverschuldetes Notstand dies dringend erfordern (§ 30). Zu ihrer Amtsführung bedürfen aber die Staatsminister auch des Vertrauens des Volkes, das ihnen durch den Landtag ausgesprochen oder entzogen werden kann. Die Entziehung des Vertrauens, die den Rücktritt der davon betroffenen Minister nach sich zieht, ist nur möglich, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder des Landtags dafür stimmt. Der Landtag ist berechtigt, jeden Minister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, daß er schuldhafterweise die Verfassung oder die Gesetze verletzt habe. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muß von mindestens einhundert Mitgliedern des Landtags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der für Verfassungsänderungen vorgesehenen Mehrheit (§ 38).

Aus dem Abschnitt über Gesetzgebung ist hervorzuheben, daß das Recht, Gesetze vorzuschlagen, nur dem Landtag und der Regierung zusteht.

Im Abschnitt „Finanzwesen" bestimmt § 46: Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Uebernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Staates dürfen nur durch Gesetz erfolgen.

Zur Mitwirkung bei Gesetzen von finanzieller Bedeutung wird ein Finanzrat gebildet, dem außer Vertretern des Reichsrats und Landrats die Präsidenten der Oberrechnungskammer, der Staatsbank der Hauptschuldenverwaltung und der Zentralgenossenschaftskasse angehören.

Die Zustimmung des Finanzrats ist laut § 56 einzuholen, wenn der Landtag Ausgaben beschließen will, die über den von der Staatsregierung vorgeschlagenen oder bewilligten Betrag hinausgehen, 2. für neue Steuern 3. für die Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften 4. für Ausgaben, für die noch keine Deckung vorhanden ist oder für die die Deckung durch Anleihen erfolgen soll.

Beanstandet der Finanzrat ein unter Ziffer 1 bis 4 fallendes Gesetz oder einen unter diese Vorschriften fallenden Beschluß, so hat er dies innerhalb zweier Wochen dem Landtag mitzuteilen und innerhalb weiterer zwei Wochen schriftlich zu begründen. Die Angelegenheit unterliegt alsdann erneuter Beschlußfassung des Landtags. Beschließt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit, an seinem früheren Beschluß festzuhalten, so hat es bei dem letzteren sein Bewenden, sofern nicht die Staatsregierung von dem Recht der Auflösung des Landtags Gebrauch machen will.

In den Schlußbestimmungen heißt es: Die Befugnisse, welche nach den früheren Gesetzen, Verordnungen und Verträgen dem Könige zustanden, gehen auf das Staatsministerium über.

Aenderungen der Verfassung können nur beschlossen werden, wenn wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags zustimmen.

Parlamentarismus und Korruption.

Wir hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß der „Fall Erzberger" bei einer objektiven Beurteilung der Sachlage keinesfalls als ein Erfolg der Reaktionäre zu buchen sei. Wir hatten keinen Zweifel gelassen, daß, so wenig sympathisch uns auch die Persönlichkeit des Reichsfinanzministers erscheint, uns auch die Persönlichkeit Helfferichs nicht im mindesten an Sympathie zu gewinnen vermöge. Nichtsdestoweniger war von vornherein damit zu rechnen, daß die Presse der Reaktion die Angelegenheit Erzberger nach jeder Richtung hin zu agitatorischen Zwecken ausbeuten werde. Dabei überstürzt sie sich jetzt in einer Weise, die nachgerade anfängt komisch zu wirken. Nicht allein die Regierung, die Revolution, sowie alles, was mit ihr zusammenhängt, werden durch unsere Alldeutschen im Zusammenhang mit Erzberger gebracht, ihre neueste Entdeckung geht dahin, den Parlamentarismus des neuen Regimes verantwortlich für Erzberger zu machen. So leitet die „Deutsche Zeitung" ihre Montagsbetrachtung frohlockend mit den Worten ein:

Daß der Fall Erzberger den Satz, Parlamentarismus sei gleichbedeutend mit Korruption, wieder einmal mit geradezu klassischer Deutlichkeit erwiesen hat, ist den Mehrheitsparteien in höchstem Grade unangenehm.

Eine schwerere Fälschung der Tatsachen ist wohl kaum möglich. Die überwiegend große Mehrzahl der Herrn Erzberger vorgeworfenen Schiebungen liegt in einer Zeit, die vom Parlamentarismus denkbar weit entfernt war und sich ängstlich hütete, sich dieses verhaßte System zu eigen zu machen. Wenn überhaupt eine bestimmte Art der Politik für Korruptionserscheinungen verantwortlich gemacht werden kann, dann ist es jene geheime Kabinettspolitik des gestürzten Systems, die unter dem Deckmantel des diplomatischen Geheimnisses mit Leichtigkeit Dinge verhüllen konnte, welche das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hatten.

Erzbergers Nachfolger.

Das „Berliner Tageblatt" meldet: „Unter den Persönlichkeiten, die als Nachfolger Erzbergers genannt werden, steht jetzt mit an erster Stelle der badische Finanzminister Mirth. Herr Mirth gehört den Kreisen der süddeutschen Industrie an."

Ungarns Reichsverweser.

Budapest, 1. März. Die Nationalversammlung hat heute Admiral Nicklas von Horthy zum Reichsverweser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und ein Ehrenhonorar von 3 Millionen Kronen für den Verweser auszusetzen.

Die Gegenrevolution hat ihren Kopf erhalten. Horthy ist der Wegbereiter der Reaktion gewesen und ist immer für die Neueinsetzung der Habsburger eingetreten, wozu aber, wie bekannt, die Entente nicht ihre Einwilligung geben wird. Daß der neue Mann keine Aenderung des gegenwärtigen politischen Kurses in Ungarn bringen kann, wird nicht bezweifelt. Die Grausamkeiten in der Hetze auf Sozialdemokraten, wovon wir nachstehend wieder ein Beispiel bringen, gehen scheinbar mit den Gefühlen und Empfindungen des jetzigen Reichsverwesers konform.

•

Ungarns Fluch.

Budapest, 1. März. (TU.) Man kennt bereits die Namen der Mörder der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogyi und Bacso. Die Mörder sind: der Oberleutnant Hollay sowie der Baron Popola der Baron Prance, der Leutnant Julius Schefolik, der Gendarmerieoberleutnant Bachi und der Feldwebel Bosula. Trotzdem schreitet die Militärbehörde noch nicht zur Verhaftung der Genannten, welche ihre Unverfrorenheit sogar so weit treiben, ein Angebot, für einige Zeit ins Ausland zu reisen, zurückzuweisen. Inzwischen werden zwei neue Mordtaten gemeldet. Der Oberbeamte des Budapester Volksparkassenamtes, Bela Rumann, der durch Zufall Kenntnis von einigen Details der Mordtaten bekam, wurde in eine Kaserne geschleppt und dort entwannt. Er starb an den Folgen einer Blutvergiftung. Auf diese grausame Weise wurde der Ingenieur Stephan Müller aus Szeszdin ermordet.

Kündigung des Tarifes im Ruhrkohlenbergbau. Wie dem „Lok. Anz." aus Essen berichtet wird, sei der erst vor ganz kurzer Zeit abgeschlossene neue Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau von den Bergarbeiterverbänden ohne Angabe von Gründen bereits zum frühesten möglichen Termin, bis Ende März, wieder gekündigt worden.

Die Hölle.

77) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.
(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)

(Nachdruck verboten.)

Mit einer Stimmung, der ich erst einigen Nachdruck geben mußte, bestellte ich mein Essen. Dann wollte ich mich mit den Personen ringsherum beschäftigen. Aber es war schwierig, all die Gesichter ringsherum aufzufassen. Die Spiegel verdoppelten alles, auch die Ausstattung des Raumes. Ich sah die gleiche funkelnde Menschenreihe von vorn und von der Seite. Waare und Gruppen richteten sich ein. Die Kellner hielten bestickte Pelze oder leichte Mäntel, die kompliziert wie ihre Trägerinnen waren. Neue Ankömmlinge. Ich bemerkte, daß die Frauen beim ersten Anblick anbetungswürdig schön waren. Mit ihren weißen Gesichtern und ihrem herzförmigen Mund sahen sie sich fast alle ähnlich. Doch wenn sie näher kamen, wurden einer oder mehrere Fehler sichtbar, die dieses Wunder verlöschten, mit dem sie der erste Blick geschmückt hatte. Die meisten Herren waren nach der Mode ihrer Zeit glatt rasiert. Sie trugen flachrandige Hüte und Paletots mit herabhängenden Schultern.

Während mein Auge mechanisch der weißbehandschuhten Hand folgte, die mir aus einem Silberkübelchen die Suppe einschüttete, horchte ich nach dem Durcheinander der Unterhaltungen ringsherum.

Ich hörte nur, was meine drei Nachbarn sprachen. Sie sprachen von Personen, die sie hier im Saale kannten, dann von mehreren Freunden. Alles in einem ironischen und höhnischen Ton, der mich überraschte.

Ich fand nichts für mich in dem, was sie sprachen. Dieser Abend würde auch nutzlos sein wie all die übrigen. Dann legte mir der Kellner auf einer langen Metallplatte den Fisch vor, der in einer dicken Rotsauce schwamm. Hierauf wies er mit einem Kopfnicken und Augenzwinkern auf einen der Gäste. Er flüsterte mir mit Stolz zu: „Das ist Herr Villiers, der bekannte Schriftsteller."

Er war es wirklich. Er glich ziemlich seinen Bildern und trug seinen jungen Ruhm mit Anmut. Ich beneidete diesen Mann, der schreiben und sagen konnte, was er dachte. Ich betrachtete mit einiger Bewunderung die Vornehmheit seiner mondänen Gestalt, den hübschen modernen und zarten Schnitt seines etwas verkümmerten Gesichtes, in dem der feinseidige Schnurrbart hing, die vollkommene Wölbung seiner Schultern und den Schmetterlingsflügel seiner weißen Krawatte. Ich hob das Glas an die Lippen. Es war so gebrechlich, daß ein scharfer Wind es von seinem Stiele abgebrochen hätte. Dann hielt ich plötzlich ein und spürte, daß all mein Blut zum Herzen hinströmte.

Ich habe folgendes gehört:

„Wovon handelt dein nächster Roman?"

Pierre Villiers antwortete: „Von der Wahrheit."

„So —o—?" sagte der Freund.

Der Dichter: „Ein Vorbeimarsch von Menschen, die genau so überacht werden sollen, wie sie sind."

„Was für ein Stoff?" fragte man.

Man hörte zu. Zwei junge Leute an einem Nachbartisch unterbrachen ihr Gespräch. Ihr Gesicht schien teilnahmslos, aber ihr Ohr war gespannt. In einem übligen Purpurwinkel rauchte ein Herr eine dicke Zigarre. Seine Augen waren eingesunken, seine Züge waren verzerrt, all seine Lebenskraft war auf dieses duftende Tabakstück vereinigt. Seine Gefährtin stützte den Ellenbogen auf. Sie war von Wohlduft eingehüllt und funkelte von Brillanten. Sie war überlastet mit dem schweren, künstlichen Königtum des Luxus und wandte dem Sprechenden ihr Gesicht zu, das mehr der Natur und dem Monde verwandt schien.

Pierre Villiers aber sagte: „Also folgendes gestattet mir, meinen Stoff zugleich unterhaltsam und wahr zu gestalten: Jemand bohrt ein Loch in die Wand eines Hotelzimmers und erblickt, was in dem Nachbarzimmer vor sich geht!"

•

Ich mußte in diesem Augenblick die Sprechenden mit einem verwirrten und mitleidsvollen Blicke ansehen. — Dann senkte ich schnell den Kopf zur Erde, nach der nahen Art von Kindern, die Furcht haben, daß man sie sieht. —

Die hatten ja alle nur für mich ringsherum gesprochen, und ich spürte irgendwelchen seltsamen Polizeiinterhalt. Dann verschwand plötzlich dieser Eindruck, von dem mein gesunder Menschenverstand ganz und gar verwirrt wurde. Natürlich, bloßes Zusammentreffen! Doch mir blieb die ungewisse Furcht, man könnte bemerken, daß ich „mußte", man könnte mich wiedererkennen.

Sie fuhren fort, von der Romanidee zu sprechen. Ich war unempfindlich gegen alles übrige. All meine Aufmerksamkeit ging auf das Lauschen aus, aber man sollte nicht merken, daß ich lauschte. Ich hatte mich an ihre Unterhaltung wie ein Schmarotzertier.

Ein Freund des Dichters hat um weitere Einzelheiten. Villiers willigte ein. — Er sollte alles vor mir erzählen!

•

Er hat sein Buch erzählt. Mit einer bewunderungswürdigen Vortragskunst. Mit geistreicher und lebendiger Anmut und Schauspielerei und mit einem ansteckenden Lachen hat er vor den Augen seiner Zuhörer eine Reihenfolge unerwarteter, glänzender und betäubender Auftritte heraufbeschworen. Zur Beleuchtung seines seltsamen Stoffes, der allen Bildern soviel Praxis und Deutlichkeit verlieh, hat er Lächerlichkeiten und komische Zufälle hingezeichnet. Er hat bunte und scharfgewürzte Einzelheiten gehäuft, witzige und auffallende Erfindungen erfunden und geistvoll allerhand Begegnungen zusammengeschweißt. Alles übt unwiderstehliche Wirkung aus. Man rief Ach und Oh und riß die Augen weit auf.

„Bravos! Riesiger Erfolg sicher! Der Gegenstand ist famos drollig!"

„Alle diese Biedermänner, die da vor dem Zuschauer vorüberwandeln, sind sehr komisch, sogar der Selbstmörder!"

„Nichts vergessen! Die ganze Menschheit liegt in dem Roman!"

Aber ich hatte in dem, was der Schriftsteller erzählte, nichts von alledem wiedererkannt. Während ich diesem Mann zuhörte, der nur einige Spielerei aus meinem nun schon einen Monat andauernden Martyrdaseinsteuer zuzieht suchte, schmetterten mich Bewunderung und Beschämung nieder.

Ich erinnerte mich an die große, jetzt erloschene Stimme, die mit einem so endgültigen und starken Ton verkündet hatte, daß die heutigen Schriftsteller nur die Karikaturisten nachahmen. Ich, der ich in den Kern der Menschheit eingedrungen war und von dorten zurückkehrte, ich konnte nichts Menschliches in dieser tanzwirbelnden Karikatur entdecken. Das war so oberflächlich, daß es einer Lüge glich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0002

Die Abfindung des Deserteurs.

Wilhelms Milliarden.

Die Landesversammlung hatte heute einen großen Tag, stand doch zur Debatte: „der Vertrag über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone. Das Haus und die Tribünen waren daher schon bei Beginn der Sitzung gut besetzt. Zunächst begründete Finanzminister Dr. Südekum die Vorlage, die das Ergebnis eingehender Verhandlungen darstellt. Diese Verhandlungen haben sich allerdings auf der Grundlage der bestehenden Reichsgesetze abspielen müssen, nach welchen eine Enteignung ohne Entschädigung nicht in Frage kam. Dann ergriff der sozialdemokratische Fraktionsführer Genosse Graf das Wort zu einer gründlichen Abrechnung mit dem alten System und seinem hervorragendsten Vertreter, dem ehemaligen König. Dem Satz: Gebt dem König, was des Königs ist, setzte er die Forderung gegenüber: Gebt dem Burggrafen von Nürnberg, was er ins Land mitgebracht hat. Er verlangte daher von den Reichsinstanzen die Schaffung eines Gesetzes zur Enteignung des Königshauses, die in der ersten Zeit nach der Revolution versäumt worden ist. Daran sind übrigens die Unabhängigen mit schuld; Adolf Hoffmann selbst war damals gegen die Enteignung. Der Rechten waren die kräftigen Worte des Redners offensichtlich unangenehm. Sie murrte und rutschte auf ihren Stühlen hin und her. Graf schloß unter stürmischem Beifall der Linken: „Wir würden ehrlos sein, wenn wir, die Wilhelm einst vaterlandslose Gesellen geschimpft hat, diesem Vertrage zustimmten.“ Gegen die beiden sozialdemokratischen Richtungen stand heute ein geschlossener bürgerlicher Block. Der Zentrumsmann Oppenhoff wie der Demokrat Cassel verschanzten sich hinter dem gesetzlich geschützten Eigentum. Die Rede Adolf Hoffmanns wimmelte von Angriffen gegen den Minister Südekum und die Beamten des Finanzministeriums. Genosse Südekum ließ sie aber nicht unwidersprochen ins Land gehen sondern entlarvte sie sämtlich als Verleumdungen. Unter schallender Heiterkeit des Hauses wiederholte er eine der Behauptungen Hoffmanns nach der anderen und fügte noch einer jeden hinzu: „Das ist natürlich nicht wahr!“ Die verschwundenen Schätze befinden sich natürlich alle in Museen oder sonst im sicheren Gewahrsam in Deutschland. Adolf Hoffmann hatte es vorgezogen, diesem Beinfall wenigstens nicht persönlich beizuwohnen und hielt während der Rede des Finanzministers dem Saale fern. Schließlich wurde die Vorlage samt den dazugehörigen Anträgen dem Rechtsausschuß überwiesen.

*

Sitzungsbericht.

Berlin, 2. März. 12 Uhr mittags. Der Gesetzentwurf über die

Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staate und dem ehemaligen Königshause

steht zu ersten Beratung.

Finanzminister Dr. Südekum.

Den Antrag Adolf Hoffmann (U. S.) auf Enteignung des Vermögens der ehemaligen Fürstenhäuser kann ich nicht zur Annahme empfehlen. Dagegen würde der Antrag Gräf-Frankfurt (Soz.), der besagt, die Reichsregierung möge durch die Staatsregierung aufgefordert werden, unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Artikels 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtsweges zur Enteignung des vormaligen preußischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit bestimmt werden kann, wohl zu einem erträglichen Ergebnis führen können.

Die Begründung des sozialdemokratischen Antrages.

Abg. Gräf-Frankfurt (Soz.): Der ehemalige Kaiser hat das Vaterland im Elend zurückgelassen und geht jetzt in Holland spazieren. Den vaterlandslosen Gesellen von einst lag es ob, das Vaterland vor dem völligen Untergang zu bewahren. Man staunt, daß man in einer Zeit der Wohnungsnot einer Familie Hunderte von Schlössern zur Verfügung gelassen hat. Dieser Vertrag erkennt

39 von diesen Schlössern ohne weiteres als Eigentum der Hohenzollern

an. Es handelt sich bei den Hohenzollern um eine sehr reiche Familie, die ihren Reichtum ganz gewiß nicht aus eigener Kraft erworben hat. Wenn man dem Volke die besten Grundstücke einfach wegnimmt, so ist das kein legaler Eigentumstitel. Es wäre übrigens interessant, zu wissen, wieviel Wilhelm II eigentlich in der Zeit der Not an Kriegsanleihe gezeichnet hat. Wie wäre es denn, wenn der König wenigstens den Versuch machte, sich

an der Deckung der Staatsschulden zu beteiligen,

die durch sein Verhalten entstanden sind. Er hat keinen Grund, sich zu beklagen. Bisher ist er sehr reichlich bedacht worden, und er kann ja schließlich auch noch arbeiten. Das arme deutsche Volk hat keinen Anlaß, ihm in die Tasche zu greifen. Die Kronsinsignien sollen nach dem Vertrage in den Besitz des Staates übergehen, aber die Kronjuwelen den Hohenzollern verbleiben. (Heiterkeit.) Wir bedürfen eines Reichsgesetzes, das uns von den privatrechtlichen Schranken in der Regelung der Vermögensangelegenheit befreit. Darauf zielt unser Antrag ab.

Abg. **Oppenhoff** (Ztr.): Der Vorredner hat weite Kreise des Volkes durch seine Ausführungen verletzt. Wir empfinden Genugtuung darüber, daß es gelungen ist, durch diesen Vertragsentwurf einen friedlichen Ausgleich zwischen dem Staate und dem Königshaus herbeizuführen. Der Antrag Adolf Hoffmann ist für uns indiskutierbar. Aber auch den Antrag Gräf lehnen wir ab.

Abg. **Cassel** (Dem.): Auch wir wollen die Vorlage rein sachlich behandeln. Eine Wiederkunft der Monarchie halten wir für ausgeschlossen. Warum aber Herr Graf die von einer republikanischen Regierung kommende Vorlage zu solchen Ausfällen benutzt hat, die in weiten Kreisen, die über die geschichtliche Entwicklung anders denken müssen, ist mir nicht klar geworden. Auch jemand, der einsieht, daß die neue Zeit neue Bahnen verlangt, der auch in heftiger Opposition gegen die Regierung, den Kaiser gestanden haben mag, kann derartige Angriffe auf die gesamte Hohenzollerndynastie nicht ruhigen Blutes ertragen. (Lebhafte Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Der erste Kurfürst erhielt die Mark als Pfand für ein dem Kaiser gegebenes Darlehn. Die Vorlage hat zweifellos auch politische Bedeutung. Es handelt sich nicht um eine Abfindung für den Verlust der Krone. § 153 der Reichsverfassung verbürgt die Sicherheit des Privateigentums auch für die Mitglieder des königlichen Hauses. Die Abfindung bezieht sich nur auf das Privateigentum bzw. stellt sie ein Entgelt für das Grundeigentum dar. Ein Ausnahmegesetz kann es hierin nicht geben. Im Reichstag dürfte die Sache nicht so ohne weiteres in Ihrem Sinne gelöst werden, denn die Verfassung sagt, daß eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden kann. Dazu ist vollständige Entschädigung notwendig. Ich beantrage, die Vorlage in einem besonderen Ausschuß von 27 Mitgliedern vorzuberaten. Wir werden voraussichtlich dort zu einem Standpunkt gelangen, welcher der Gerechtigkeit und den Staatsinteressen entspricht. Nach dem Ausfall dieser Prüfung richten wir unsere endgültige Stellungnahme. (Beifall.)

Abg. **Hergt** (Dn.): Gräfs Rede ist nicht nur verletzend, sondern verhetzend gewesen. Ich halte es für unter meiner Würde, auf Einzelheiten einzugehen. (Große Unruhe bei den Sozialdem.) Auch wir wünschen, daß für den Staat herausgeschlagen wird, was herauszuschlagen ist. Bei dem Antrage der Sozialdemokraten handelt es sich um den Plan einer Rechtsbeugung, dem man ein Mäntelchen umhängt. Unsere früheren Feinde gehen mit dem Gedanken um, dem letzten Träger der Krone die Rückkehr in sein Vaterland zu verweehren. Ich habe die feste Hoffnung, daß das ganze deutsche Volk zusammenstehen wird, wenn es gilt, einen deutschen Volksgenossen vor der Vergewaltigung zu schützen. (Bravorufe rechts, Zischen links.)

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. S.) Nur unter der Sonne des Belagerungszustandes kann man eine so ungeheuerliche Vorlage durchzudrücken versuchen. Die flüchtigen Hohenzollern werden als gleichberechtigte Kontrahenten mit dem Staate angesehen. Das ist das Stärkste, was man sich denken kann. Ueber 60 Möbelwagen sind bereits nach Amerongen gegangen. Das Schloß Berlin und das Neue Palais sind von allen Kunstschätzen entblößt worden, ohne daß die Landesversammlung gefragt wurde. Es handelt sich durchweg um Gegenstände, die selbst nach diesem Vertrage durchweg Staatseigentum werden sollten.

Minister Dr. **Südekum**: Die

Demagogie der eben gehörten Rede

überschreitet alles, was man selbst bei diesem Volksvertreter gewöhnt ist.

Präsident **Leinert**: Den Vorwurf der Verleumdung dürfen Sie gegen ein Mitglied nicht erheben.

Minister **Südekum**: Dann werde ich den Beweis antreten, daß alle Behauptungen des Herrn Hoffmann objektiv Verleumdungen sind. Er hat behauptet, ich hätte Wein aus den königlichen Schlössern an meinen Bruder in Harzburg gegeben. Das ist nicht wahr. (Große Heiterkeit.) Der Weinbestand der Schlösser ist an Lazarette und Krankenhäuser gegeben worden und auch an einzelne Personen zu repräsentativen Zwecken verkauft worden. Bei einer dieser Personen ist Haussuchung gehalten worden, weil man die vor ihrem Hause abgeladenen Kisten als Behälter für Handgranaten ansah. Diese Person war der Unabhängige Herr Simon. (Anhaltende stürmische Heiterkeit.) Gewiß sind alle Kunstgegenstände aus dem Schlosse entfernt und sogar die ältesten Fenster ausgesägt worden. Der kunstverständige Herr Hoffmann kann das alles in den Berliner Museen wiederfinden. (Anhaltende Heiterkeit.) Er ist von seinen Gewährsleuten fürchterlich angelogen worden und hat hier nur den niedersten Hintertreppentratsch verbreitet. Als Herr Hoffmann und seine Freunde in der Regierung saßen, haben sie selbst in öffentlichen Ankündigungen versichert, daß das private Eigentum zu schützen ist. Auch die Anerkennung des Privateigentums des Königs trägt die Unterschrift des Herrn Adolf Hoffmann. (Große Heiterkeit.) Selbst in der Nationalversammlung wurde ein Antrag auf Konfiskation des Vermögens nicht eingebracht. Die von Herrn Hoffmann beanstandeten Transporte haben nur den Zweck, die Silberschätze innerhalb Deutschlands in Sicherheit zu bringen. Wo sie untergebracht sind, sage ich Herrn Hoffmann nicht, denn die Kreise, denen er angehört, sind mir dafür zu unsicher. (Schallende Heiterkeit.) Alles, was Herr Hoffmann hier vorgetragen hat, ist nicht wahr gewesen. Trotzdem entblödet er sich nicht, angesehenen Beamten meines Ministeriums die unerhörte Bemerkung ins Gesicht zu schleudern, sie müßten noch heute verhaftet werden. Ärgeres dieser perfiden Art und Weise vor dem Lande fest und überlasse den Herrn der Hochachtung, die er verdient. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **von Kraause** (D. Vpt.): Wohin sollen wir kommen, wenn solche Reden, wie die von Hoffmann, zur Mode würden. Das ergäbe

den größten Tiefstand des Parlamentarismus.

Wenn der Boykotsch nicht zustande kommt, dann würde der Rechtsweg beschritten werden und der Staat wahrscheinlich viel schlechter wegkommen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Gesetzentwurf mit den zugehörigen Anträgen geht an den Rechtsausschuß.

Mittwoch 12 Uhr: Anträge und Anfragen.

Schluß 6½ Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 2. März. 146. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.

Auf eine Anfrage Dr. Bäume (Dem.) wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung es nicht für unvereinbar mit den bestehenden Reichsgesetzen hält, wenn die braunschweigische Regierung eine

Sondersteuer vom fruchttragenden Grundbesitz

erhebt.

Auf eine Anfrage Steinkopf (Soz.) wird geantwortet, daß sich jetzt noch nicht übersehen lasse, wieweit

die Arbeiten für das neue Beamtengesetz

vorgeschritten seien, um eine Vorlage desselben ins Auge zu fassen. Die Sonderbehandlung einzelner Teile des Beamtenrechts erscheint nicht angängig.

Auf Anfrage Dr. **Heinze** (D. Vpt.) wird geantwortet, daß seitens der französischen Regierung für die Aufträge in Sachen des Wiederaufbaus im zerstörten Gebiet eine Vermittelung der deutschen Regierung ausgeschaltet wäre. Wenn künftig die Vermittelung der Reichsregierung in Frage kommen sollte, werde diese das Nötige tun, um die Interessen deutscher Firmen dabei zu wahren.

Auf eine Anfrage **Boerdel** (Dn.) wird geantwortet, daß die Reichsregierung seit Wochen bemüht ist, die

Erschwerung des Durchgangsverkehrs durch den polnischen Korridor

durch direkte Verhandlungen mit den Polen zu beseitigen, bis jetzt ohne Ergebnis. Zurzeit finden in Warschau zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen statt.

Auf eine Anfrage **Schiele** (Dn.) wird geantwortet, daß die im Osten aufgestellten Volkswehrformationen der Reichswehr angegliedert waren. Der Uebertritt in die Reichswehr war freigestellt worden, wurde aber mehrfach abgelehnt. Besonderen Härten, die sich bei der notwendig gewordenen Auflösung herausgestellt haben, wurde begegnet durch die Gewährung eines Monatsgehaltes über den Auflösungstermin hinaus.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu § 23 beantragt

Abg. **Irl** (Ztr.), daß bei außerordentlichen Waldnutzungen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt die Steuer von einem über die regelmäßigen Nutzungen hinausgehenden Betrag nur 10 Prozent betragen soll. Der Antrag wird angenommen.

Zu § 28 (Veranlagung) beantragt

Abg. **Herold** (Ztr.), daß der in einem Kalender- oder Wirtschaftsjahr erlittene Verlust auf das steuerpflichtige Jahreseinkommen des folgenden, eventuell des nächstfolgenden Jahres angerechnet werden kann.

Unterstaatssekretär **Moesle** bittet, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ohne wesentliche Debatte werden weitere Paragraphen in der Ausschußfassung angenommen.

Zu § 43.

Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer

bei kleinen Renten alter oder erwerbsunfähiger Steuerpflichtiger begründet

Abg. **Schneider-Franken** (Ztr.) einen Antrag Blund, der Mehrheits- und der Rechtsparteien, der die Grenzen für diese Steuerzeichnung kleinen Sparern gegenüber noch erweitert.

Der Antrag Blund wird angenommen.

Die Rechtsparteien und die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragen die Streichung der §§ 40 bis 50 bezw. 51 (Einbehaltung von Prozentsätzen der Steuer durch den Arbeitgeber bei der Lohnzahlung).

Abg. **Wetzlich** (Dn.) begründet den Antrag seiner Partei.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge auf Streichung der §§ 44—51 abgelehnt und diese Paragraphen mit einigen Abänderungen nach Anträgen der Mehrheitsparteien angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Morgen 1 Uhr: Antrag der Unabhängigen betr. Verordnung des Reichspräsidenten; Kapitalertragssteuer und Landessteuer.

Schluß gegen 5 Uhr.

Kurze Notizen.

Das Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919 soll nach einer WTB-Meldung am 1. April d. J. in Kraft treten.

Rückwanderung nach Oberschlesien. („Voss. Ztg.“) Nach einer französischen Meldung wird der Paßzwang im Verkehr mit Oberschlesien erst Ende März in Kraft treten. Die Abstimmungstermine für Oberschlesien sind vom Rat der Alliierten noch nicht festgesetzt.

Die Brotkarte in Frankreich. Die landwirtschaftliche Gruppe des Senats hat den Antrag eingebracht, in Frankreich die Brotkarte wieder einzuführen.

Grubenarbeiterstreik in Frankreich. Der gestern von den Grubenarbeitern von Marles erklärte Streik wurde heute fast vollständig durchgeführt. Die Zahl der Streikenden beträgt 12 700.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Urteile im Landsberger Krawallprozeß.

WTB. **Landsberg a. Wirthe, 1. März.** Nach viertägiger Dauer ging am Sonnabend der große Massenkrawallprozeß vor dem hiesigen Landgericht zu Ende, der sich mit den Bärwalder Unruhen am 7. Juli vorigen Jahres beschäftigte. Angeklagt waren 52 Personen. Das Gericht verurteilte 18 Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Monat bis 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 5 wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 4—6 Monaten Gefängnis, 11 wegen Diebstahls zu drei Tagen bis zwei Wochen Gefängnis, 6 wegen Hehlerei zu 3 Tagen bis 2 Monaten Gefängnis, einen Angeklagten wegen Unterschlagung zu einer Woche Gefängnis. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein neuer Transport aus Japan.

WTB. **Berlin, 2. März.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der vierte Heimkehrertransport aus Japan mit zirka 950 Mann heute in Wilhelmshaven eintrifft.

Deutsch-japanische Schiffahrt.

Rotterdam, 1. März. Laut „Nieuwe Rotterd. Courant“ meldet Eastern Service aus Tokio, daß die japanische Schiffahrts-Gesellschaft Nippon Yusen Kaisha in diesem Monat einen Dienst nach Deutschland via Java für japanische Waren einrichten wird.

Ein Anschlag auf Lord Ashton.

WTB. **Annapolis, 2. März.** (Funkspruch.) Aus London wird gemeldet, daß ein erfolgloser Anschlag auf das Leben des britischen Gesandten in Finnland Lord Ashton verübt wurde.

Der bolschewistische Siegeszug.

WTB. **London, 1. März. Reuter.** Das südrussische Communiqué vom 28. Februar besagt, daß die Bolschewisten auf einer breiten Basis östlich von Rostow bis nördlich von Stawropol vorrücken. Bolschewistische Angriffe auf den unteren Don und die Krimfront wurden verlustreich abgeschlagen. Das Reutersche Büro meldet aus Konstantinopel, daß der baldige Fall von Noworossijsk und Sebastopol erwartet wird.

Die Gärung in Japan.

Haag, 2. März. WTB. berichtet: Der „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus London, in Japan seien ernste Arbeiterunruhen ausgebrochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
½8: Grosser Erfolg! **Die Czikosbaroness.**
Optie. v. Georg Jarno.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadttheater
Donnerstag, d. 4. März, Anfg. 7, Ende 10¼ Uhr:
Königskinder.
Freitag: **Der Freischütz.**

ZOO.
Donnerstag, den 4. März abends 7½ Uhr:
VI. Gesellschafts-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des 1. Landesjäger-Regiments.
Leitung: Obermusikmstr. K. Steuer.
Zwischen dem 1. u. 2. Teil Fortsetzung des **Vortrages m. Lichtbildern:**
„Ueber die Tiere des Zoologisch. Gartens" (Direktor Dr. Kniesche).
Eintrittspreise: für Nichtabonnenten 1 M (Abonnenten für Zoo und Winterzoo haben freien Eintritt.
Sonntag, d. 7. März 20, **Billiger Sonntag.**
Eintrittspreise: Erw. 50 Pf. Kind. 25 Pfg.

U.T.

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224 Fernruf 1224.
Ab Freitag, den 5. März 1920
„Spitzen"
Drama in 5 Akten nach dem bekannten Roman von Paul Lindau
Geheimnisse aus dem Liebesleben einer bekannten Gräfin aus Berlin-W.
Morgen letzter Tag!
ELLEN RICHTER
in dem Drama in 4 Akten
„Der rote Henker".

Alte Promenade 11a.
Fernruf 5738. Fernruf 5738.
Ab Freitag, den 5. März 1920
Die gefahrvolle Wette
Ein kriminalistisches Rätsel in 5 Akten.
Morgen letzter Tag!
Die Herrin der Welt!
8. und letzter Teil
„Die Rache der Maud Fergusson."

Apollo-Theater
Heute 7 Uhr, s. letzt. Male:
Der Regimentspapa
mit Fritz Schulz als „Regimentspapa".
Ab Donnerstag, täglich 7½ Uhr:
Auf allgem. Verlangen der bis 29 Mai vor ausverkauften Häusern gegebene sensationelle Operettenschlager:
„Frl Puck"
in der bekannten erstklassigen Besetzung u. glänzend. Ausstattung.
Vorverkauf 9—1 u. 5—6.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Rolladen Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro: Am Bauhof 1.
Fernr. 3849 u. 3671.

REICHSHOF
Alte Promenade 6.
Täglich:
Nachmittag- u. Abend-Konzert
Kapellmeister Rich. Auch, Berlin
Sonntags von 11—1 Uhr Matinee.

Licht-Spiele
Ab Freitag, den 5. März,
Erstaufführung!
Ein Filmwerk von seltener Spannung und hochdramatischer Handlung
Die siebente Grossmacht!
7 gewaltige Akte.
Ausserdem die kleine Filmschauspielerin Nelly Gutmann in ihrem reizenden Lustspiel
Detektiv Nelly
Beginn 4 Uhr. Einlass 3½ Uhr.
Donnerstag letzter Tag
's Liserl von Schliersee.
4 Akte.
Fernsprecher 4681.
Grosse Ulrichstr. 51.
Im Herzen der Stadt

Holzpantoffeln
nicht mit gestückeltem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 950

Freitag, den 5. März (Lenzmond), 8 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums (Friesenstraße)
Oeffentlicher Vortrag
von Herrn Dr. med. Bohn, Halle, über:
„Hämorrhoidalleiden, ihre Ursachen und naturgemäße Behandlung".
Nichtmitglieder 50 Pf. Eintritt.
Verein „Gesundheitspflege". Naturheilverein „Halle-Nord".

CREMON
Feinster Schuh- und Lederputz überall zu haben!
Hans Günther & Co., Leipzig. z

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung u. normal. Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Bar. Strumpfhaus).

Bildungsausschuß
Alte sozialdemokr. Partei Merseburg.
Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, im „Tivoli-Theater":
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück in 4 Akten von L. Anzengruber.
Eintrittspreis 1 Mk. Plätze werden verlost.

Leder-
Ausschnitt, Schuhmacher-Bedarfsartikel, Maß-Schäfte, Ledercreme, Apreturen.
F. Noah,
Leipziger Strasse 16, Ecke Gr. Sandberg. 947

Erfinder verlange kostenlos die 52 seitige Broschüre „Erfinder-Wegweiser" mit wertvollen Ratschlägen u. Patentbureau Böhme, Halbstr. 8.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.

Metall-Einkaufsstelle Schmeerstr. 3
zahlt für alle Metalle
die höchsten Tagespreise. 956

Geschirr führer
gesucht.
Abfuhrgesch., Reiffr. 103.

Schlosserlehrling
sucht Schurig, Kapellengasse 1, am Stadttheater.

Ratgeber für Amtsvorsteher.
Unentbehrliches vollständiges Nachschlagewerk.
herausgegeben vom Sozialdem. Bezirks-Vorstand des Reg.-Bez. Mittelschlesien, Breslau.
Preis 6 Mk.
Vorrätig in der
Buchhandlung der Volkstimme,
Große Ulrichstraße 27.
Die Lieferung erfolgt auch durch die Zeitungsträgerinnen.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Kaufgesuche

Alle Sorten Felle,
Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Dangtowitz,
Fischerplatz 2 Tel. 1178

Kaufen
ständig zu den höchsten Tagespreisen:
Schaf-Wolle, alle Sorten Felle,
neue **Tuchabfälle, Rosshaare, Strumpfwolle.**
Kutter & Noack,
Kl. Klausstr. 6. Tel. 4932.

Nur ich
zahle für:
Kupfer . . Mk. 21.20 pro kg
Rotguß . . Mk. 21.20 pro kg
Messing . . Mk. 11.20 pro kg
Blei . . . Mk. 7.70 pro kg
Betriebe, Siemoner, verwandte Berufe und Metallsammler erhalten Extrapreise.
Metallaufkäufer gesucht!
Dachritzstraße 4, Hof.

Stellen finden.

Auf unserem Werk bei Bahnhof Teutschenthal werden
kräftige Förderleute
eingestellt. Lohn nach Tarif und Gedinge. Verpflegung und Unterkunftsräume vorhanden.
Kaliwerk Krügershall
Aktiengesellschaft.

Vermischtes

Bettnässen
wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Auskunft nach Angabe v. Alter u. Geschlecht
Dr. med. Th. Eisenbach,
München,
Schwanthalerstr. 43/A158

Glückwunschkarten
zur Konfirmation und zum Osterfest empfiehlt
J. Zaehisch, Gr. Steinstraße 82.

Die Vorzüge meiner Schul-Tornister
solide, haltbare Qualität und billiger Preis, sichern mir dauernden Erfolg. Alljährlich steigt der Umsatz, weil sich haltbare Ware selbst am besten empfiehlt.
Schul-Tornister
für Knaben und Mädchen
in grosser Auswahl,
von den billigsten bis zu den feinsten.
C. F. Ritter
Halle a. d. S., Leipziger Str. 90.
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins

Alte abgespielte auch zerbrochene Grammophon-Platten
kaufe zu allerhöchsten Preisen.
Beim Kauf einer neuen nehme ich jede alte abgespielte Platte mit 5 Mk. in Zahlung.
Täglicher Eingang von Neuaufnahmen.
Gustav Unlig,
Uhren- und Musikwerke,
Untere Leipziger Straße.

Frauenhaare
kaufe ich auch die kleinsten Posten per kg 30.— bis 40.— Mark.
Damen, welche langes, ausgekämmtes Haar haben, erhalten per Kilo **50 Mark.**
Ernst Griesemann, Leipzigerstr. 63.

Delitzsch

Die Verordnung vom 15. 2. 1920, die Einführung von Höchstpreisen betreffend, wird dahin ergänzt, daß sich die Höchstpreise von 20% der Friedenspreise auf Meteläufe jeder Art erstreckt.
Delitzsch, den 2. März 1920.
Der Magistrat.

Kleie-Verteilung.
Vom Kreis-Ausschuß ist uns eine kleinere Menge Kleie zu Verteilung an hiesige Einwohner, welche Kaninchen, Ziegen und Schafe halten, überwiesen.
Bezugsscheine werden in den Nachmittagsstunden von 2–5 Uhr im Büro des Lebensmittelamtes, Leipzigerstraße Nr 1 wie folgt ausgegeben:
Donnerstag, den 4. d. Mts., an die Bewohner der inneren Stadt und
Freitag, den 5. d. Mts., an die Bewohner der äußeren Stadt.
Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Die Mitglieder des Kaninchenzüchter-Vereins, sowie die Mitglieder des Ziegenhalter-Kleintierzucht-Vereins erhalten die Kleie durch die Vereinsvorstände zugeteilt.
Delitzsch, den 1. März 1920.
Der Magistrat.

Weißenfels

Roßfleischverkauf.
Roßfleischmarke 11.
Von heute mittag
1—4 Uhr die Nummern 2301—2750
4—6 „ „ 750—3000
Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes zum Preise von 60 Pfg. verabfolgt.
Polizeiamt Hoffmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Preßkommissionssitzung. Donnerstag abend 7½ Uhr findet im Parteibüro, Harz 42—44, Zimmer 12, eine wichtige Sitzung der Preßkommission statt, zu der alle Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen müssen.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 1. März. An dem heutigen Verhandlungstage, an dem der Vorsitzende mit der Beweisaufnahme zu Ende zu kommen hofft, wird zunächst der Fall „Denunziation", der „Fall Jahnke", und dann noch einmal die Friedensresolution" verhandelt werden.

Helfferich: Ich habe Herrn Erzberger in meiner Broschüre den Vorwurf der Denunziation gemacht. Herr Erzberger stellte es so hin, als ob ich die Hauptverantwortung für die belgische Politik hatte.

Erzberger: Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß einer meiner Beamten mich darauf aufmerksam gemacht hat, es wäre doch unerhört, daß Helfferich es wage, von dem „Krebsschaden Erzberger" zu sprechen, wo doch alle wüßten, daß Helfferich die Schuld an unserem Zusammenbruch trage, weil er in der belgischen Frage vollkommen versagt und eine offene Aussprache mit der Entente über Belgien verhindert hat. Die parlamentarische Verantwortung für die belgische Frage trug das Reichsamt des Innern, dessen Chef der jetzige Angeklagte war.

Damit ist die Frage der Denunziation beendet und es wird dann noch einmal der „Fall Jahnke" verhandelt. Jahnke war bekanntlich der mutmaßliche Dieb, der aus dem „Deutschen Flottenverein" Aktenstücke entwendete, die bald darauf im „Bayerischen Courier" erschienen.

Es erfolgt nun die weitere Verhandlung über die politischen Fragen, die bereits am Donnerstag angeschnitten worden sind.

Hierauf wird Minister Gieseberts vernommen. — Vors.: Ist Ihnen etwas über die Unterredung im kleinen Kreise am 18. Januar 1917 bekannt? — Zeuge: Nein. — Geheimrat v. Gordon: Es handelte sich um eine Besprechung über die Steuervorlagen, die eingebracht werden sollten. — Minister Gieseberts: Ich kann mich unmöglich an die Einzelheiten jener Sitzung erinnern, an der ich teilgenommen habe.

Minister Gieseberts überreicht im Anschluß daran dem Gericht ein Exposé, welches im Oktober 1917 aus dem Gedächtnis über die Vorgänge im Juli angefertigt wurde und eine Bestätigung dessen enthält, was der Zeuge auslagte. In militärischen Kreisen bei der Vorsitz Erzbergers unangenehm aufgefallen und es habe plötzlich im ganzen Reiche der Bresselfeldzug gegen Erzberger eingesetzt. — Auf weitere Fragen des Geheimrat v. Gordon, ob Erzberger mit seiner Resolution gar nicht die Absicht gehabt habe, den Reichskanzler zu stürzen, erklärt der Zeuge, daß Erzberger im Gegenteil noch bis zum Mittwoch nach dem Vorstoß erwogen habe, Bethmann Hollweg zu halten.

Helfferich: Ist nicht früher auf dem Reichsausschuß der Zentrumspartei in Frankfurt a. M. sehr energisch gegen den Erzbergerschen Antrag Stellung genommen worden?

Minister Gieseberts, sehr erregt: Es ist eine ganz große Gemeinheit. Jedem der dort Anwesenden ist damals das Ehrenwort abgenommen worden, darüber zu schweigen. Wir mußten alle unsere Bleistifte aus der Hand legen. Trotzdem ist darüber etwas bekannt geworden.

Helfferich: Wissen Sie nicht, daß diese Indiskretionen mit auf Herrn Erzberger zurückzuführen sind? — Zeuge Gieseberts: Nein. — R.-A. Alsberg: Ist es richtig, daß am Mittwoch nach der Resolution Herr Erzberger noch gefragt haben soll, ob man Bethmann Hollweg nicht halten könne? — Zeuge: Jawohl.

Minister David sagt aus: Das Auftreten Erzbergers im Hauptausschuß war für uns von größter Bedeutung, weil uns damit plötzlich die Aussicht eröffnet wurde, nun im Reichstage eine Mehrheit für unsere Friedenspolitik zu finden. Ebert veranlaßte sofort Aufhebung der Sitzung und eine Aussprache mit der Obersten Heeresleitung. Uns war die Rede Erzbergers peinlich zu eine Erlösung.

Es wird hierauf nochmals in die Erörterung des Falles „Oel- und Fette" eingetreten. Es wird daher zunächst Reichsernährungsminister Schmidt vernommen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Minister, er habe nicht das Gefühl gehabt, daß es sich um eine Sonderzuwendung für die Firma Denk handelte.

Helfferich: Ich möchte den Herrn Nebenkläger fragen, ob es richtig ist, daß noch, während dieser Prozeß hier schwebt, zu Händen des Herrn Generaldirektors Rahes vom Thyssen-Konzern der Betrag von 400 Millionen Mark als Vorentschädigung für den Ausfall der lothringischen Gruben vom Reichsminister Erzberger gezahlt worden ist, obwohl die Verhandlungen mit der Regierung darüber noch nicht zum Abschluß gelangt sind? — Erzberger: Ich glaube nicht als Reichsfinanzminister darüber Auskunft geben zu müssen. Zu welchem Thema soll denn diese Frage gehören? — Rechtsanwalt Alsberg: Zum Thema „Bevorzugung". — Erzberger: Ich erkläre, daß ich nie irgendeine Bevorzugung ausgeübt habe. Ueber Einzelheiten kann ich nicht auslagen.

Der württembergische Minister Baumann sagt aus: Maßgebend war für uns, daß wir Kredite in der Schweiz bekamen. Bei allen Verhandlungen, die wir führten, ist die Frage einer Konzession des Dr. Denk nicht erörtert worden. — Vors.: Ein Einwirken Erzbergers auf das Zustandekommen des Vertrages ist also nicht erfolgt? — Zeuge: Nein.

Zum Fall „Wirtschaftsverband" erklärt der nächste Zeuge, Generaldirektor Reiser, daß der Wirtschaftsverband Herrn Erzberger einen Zuschuß von 12 000 Mark für die Verwaltung des Bureaus eingeräumt habe. Erzberger habe sich sehr für den Verband interessiert, sei jedoch nicht in Aktion getreten, da er bald darauf zum Staatssekretär ernannt wurde.

Hierauf ist die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung wird auf Dienstag vormittag 9½ Uhr vertagt. Am Dienstag wird die Staatsanwaltschaft plädieren. Voraussichtlich werden diese Plädoyers den größten Teil des Tages ausfüllen. Die Verteidigung wird am darauffolgenden Verhandlungstage zu Wort kommen, während die Anwälte Erzbergers zuletzt sprechen werden.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 3. März 1920.

Hei lewet wedder!

Der alte Geist der Verleumdungs- und Verhächtigungssucht ist mit neuem „Glanz" aus der glorreichen Asche des Volksblattverbots wieder auferstanden. Der Quell auf dem Harz, der unerschöpfliche Phrasenborn für alle Muckelpolitiker, fließt wieder und plätschert wie früher in lustiger Reihenfolge Verleumdungen auf Verleumdungen in den Raum hinaus. Der auf sechs Wochen verschlossene Mund der Herren Kasparet und Genossen sprudelt jetzt förmlich das während dieser Zeit hinter den Zähnen angesammelte Gift heraus, und sonderbarerweise ist es gerade unser „Blättchen", das den Herren Volksblattredakteuren, das doch für ihren Beruf so bitter notwendige Gehirnschmalz weanfrißt. Auf sie in den spaltenlangen Ergüssen angeschlagenen Sauberdentöne selbst einzugehen, unterlassen wir gern, denn wir besitzen immerhin noch soviel Lokalpatriotismus, um die hiesige Bevölkerung vor einem derartig niedrigen Niveau der heimatlichen Presse zu bewahren. Die dahingehenden Experimente können unsertwegen gewisse „Preßkolaken" (eines die lieblichen Volksblattwörtlein) an ihren Organen gefälligst selbst ausprobieren. Um aber der Wahrheit die Ehre zu geben, möchten wir doch kurz feststellen, daß wir den „gefesselten Riesen Volksblatt" während der sechs Wochen nicht ein einzigesmal „angeklässt" haben, sondern sachlich den unvermeidlichen Kampf gegen die verderbliche Politik der Unabhängigen im allgemeinen führen mußten.

Im übrigen gratulieren wir der „deutschnationalen" „Halleschen Zeitung" an dem ihr durch das Volksblatt aufs neue so schnedlig erkandenen Schundanten, für seine, gegen die Mehrheit und die Ehre des deutschen Volkes gerichteten heimtückischen Hiebe. Es sind tatsächlich zwei edle Brüder, die sich hier die Hände reichen und sich in dem gegen uns eröffneten Spaltentrieg gegenseitig liebreich ihre Zitate ausleihen, um von möglichst vielen Punkten aus, die verhaßte Sozialdemokratie zu treffen. Gleiche Politiker, gleiche Zeitungen, gleiche Brüder, gleiche Kappen, ein treffendes Sprichwort für Volksblatt und H. Z.

Die Generalversammlung

der sozialdemokratischen Partei für Halle (S. P. D.) findet heute Mittwoch, den 3. März, abends 7½ Uhr, im St. Nikolaus, Nikolaistr., statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Schäfer, Mittelschullehrer über

„Die neue Steuergesetzgebung".

2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Geschäftliches. Die Parteigenossinnen und Genossen werden ersucht, sich vollzählig an dieser wichtigen Versammlung zu beteiligen. Um pünktliches Erscheinen wird besonders gebeten. Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle vorzuzeigen.

Die neuen Bild- und Geflügelpreise.

Nachdem der Herr Reichswirtschaftsminister gemäß § 1 der Verordnung über die Regelung der Wildpreise vom 20. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 2131) durch Bekanntmachung vom 6. Januar 1920 Richtpreise für den Großhandel mit Wild festgesetzt hat, werden hiermit gemäß § 4 der erwähnten Verordnung für den Umfang des preußischen Staatsgebietes folgende Kleinhandelsrichtpreise festgesetzt: 1. Rehwild: a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0.5 Kilogr. 4 Mk., b) für Blatt oder Bug für 0.5 Kilogr. 5.40 Mk., c) für Ragout oder Kochfleisch für 0.5 Kilogr. 1.80 Mk.; 2. Rot-, Dam- und Schwarzwild: a) für Rücken und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0.5 Kilogr. 8 Mk., b) für Blatt oder Bug für 0.5 Kilogr. 4.80 Mk., c) für Ragout oder Kochfleisch für 0.5 Kilogr. 1.60 Mk.; 3. Hasen, das Stück 25 Mk.; 4. wilde Kaninchen, das Stück 7 Mk.; 5. Fasanen: a) Hähne, das Stück 19.80 Mk., b) Hennen, das Stück 14.40 Mk.

Diese Preise verstehen sich ohne Fell oder Balg, beim Verkauf durch den Kleinhandel an die Verbraucher.

Bei Wild, dessen Schonzeit bereits begonnen hat, gelten diese Richtpreise erst mit Wiederbeginn der neuen Jagdzeit.

Möbel, Schuhwaren, Web- und Wirkwaren.

Die städtische Preisprüfungsstelle schreibt uns:

Es hat sich als dringend notwendig erwiesen, die Preise für Möbel, Schuhwaren und Web- und Wirkwaren eingehender als bisher nachzuprüfen.

Nachdem die hiesige Preisprüfungsstelle jetzt die dazu notwendigen Einrichtungen getroffen hat, werden ihre sachverständigen Beauftragten eine fortlaufende Prüfung der in Betracht kommenden Geschäfte vornehmen, zu deren leichterer Durchführung die Preisprüfungsstelle an einige wichtige Bestimmungen der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 erinnert.

Nach § 6 dieser Bekanntmachung sind die Preisprüfungsstellen befugt:

1. von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Zufuhr und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs (worunter Möbel, Schuh-, Web- und Wirkwaren zu rechnen sind) Erhebungen anzustellen;

2. Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen;

3. die Vorlage von Schlußscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf der betreffenden Waren beziehen, zu fordern und darin Einsicht zu nehmen.

Diese Befugnisse werden durch Beauftragte ausgeübt werden, die eine entsprechende Vollmacht bei sich führen.

Die Preisprüfungsstelle macht ferner wiederholt auf ihre gemäß § 5 der obigen Bekanntmachung erlassene Anordnung aufmerksam, wonach an allen Waren das notwendigen Lebensbedarfes, soweit sie in den Verkaufsräumen oder in den Schaufenstern ausliegen, der Verkaufspreis deutlich sichtbar anzubringen ist und wonach die Preisansündigung als Preisforderung im Sinne des § 1 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 gilt.

Bei den Prüfungsgeschäften wird sich als notwendig erweisen, daß von jedem einzelnen Stück Möbel, Schuh-, Web- oder Wirkware der Gestehungspreis rechnungsmäßig belegt werden kann, damit von ihm ausgehend der zulässige Verkaufspreis festgestellt werden kann.

Wir verweisen dabei auf eine früher ergangene Entscheidung, wonach ein Händler, der seinen Ein- und Verkauf nicht gehörig nachzuweisen vermag, in der letzten Zeit zum Handel nicht geeignet ist und daher hiervon ausgeschlossen werden muß.

Für Möbelhändler empfiehlt sich besonders die Unterschiedung von selbstangefertigten und fertig gekauften bezw. als gekauften Möbeln.

Ablieferung und Verrechnung von fiskalischen und Truppengeldern.

Die ehemaligen Kassenbeamten, Beamtenstellvertreter, Mitglieder der Kassenkommissionen, Rechnungsführer und alle sonstigen Personen des früheren Heeres, die noch fiskalische und Truppengelder irgendwelcher Art, z. B. Kantinengelder, Gebührnisse, Wirtschaftungsgelder, Kinoloods, Buchhandelsüberschüsse, schwarze Fonds usw. hinter sich haben, werden hiermit aufgefordert, diese Gelder ohne Rücksicht auf ihre Herkunft binnen 4 Wochen nach Erscheinen dieser Aufforderung zur Vermeidung strafrechtlicher Verfolgung in jedem unbeanstandeten Falle der Fristüberschreitung mit den etwa vorhandenen, abgeschlossenen Büchern, Belegen, Akten usw. an ihre ehemalige Truppenfahne oder, wenn diese nicht mehr vorhanden oder ihre Anschrift nicht mehr bekannt ist, an die nächste Heeresfaß unter gleichzeitiger Anzeige an die für diese Kasse zuständige Intendantur zur Vereinnahmung bei den Reichseinnahmen abzuliefern. Zweifelhafte Eigentumsverhältnisse an diesen Geldern werden alsdann besonders geklärt werden. Etwaige berechtigte Gegenansprüche der abliefernden oder sonst beteiligten Personen gegen den Fiskus werden durch die Ablieferung nicht berührt; sie werden stets einer nach Möglichkeit beschleunigten und sorgfältigen Erledigung zugeführt.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß es im Reichsinteresse unbedingt geboten ist, die noch rückständigen Abrechnungen aus der Kriegszeit nunmehr mit aller Beschleunigung zu Ende zu führen. Die vielfach noch säumigen Rechnungsleger werden deshalb hiermit öffentlich aufgefordert, die Rechnungslegung unverzüglich und unbedachtet sorgfältiger Arbeit mit größter Beschleunigung zu vollenden. Als äußerste Frist für diese Rechnungslegung wird der 20. März 1920 bezeichnet. Verlängerung dieser Frist kann nur in ganz besonderen Ausnahmefällen durch die zuständige Intendantur bewilligt werden.

Es wird hierbei besonders betont, daß die zur Rechnungslegung Verpflichteten durch ihre Entfernung aus dem Heeresdienst von der Verpflichtung zur Fertigstellung ihrer Abrechnungen, Verantwortung und Erledigung der von militärischen Dienststellen an sie ergehenden Anfragen und Aufträgen, die mit dieser Abrechnung zusammenhängen, nicht entbunden sind. Etwaige böswillige oder fahrlässige Verzögerung oder Ablehnung der Rechnungslegung zieht unter Umständen Strafverfolgung wegen Schädigung der Reichsinteressen nach sich und hat zur Folge, daß diese Arbeiten durch andere Personen auf Kosten der Säumigen bewirkt werden. Im Falle der Unmöglichkeit der Rechnungslegung (etwa infolge Todesfalles oder schwerer Krankheit der zur Rechnungslegung Verpflichteten) ist das gesamte Abrechnungsmaterial nebst Kassenbeständen usw. sogleich an die nächste militärische Kasse zu übergeben.

Die Vermieter von Wohnungen und Wohnräumen aller Art sind nach der Magistratsverordnung vom 24. 12. 1919 verpflichtet, jede Wohnung, von der feststeht, daß sie frei wird, innerhalb 3 Tagen beim städtischen Wohnungsamt, Abteilung Wohnungsnachweis, Gr. Berlin 11, Erdgeschoß r., auf dem vorgeschriebenen Formular zur Anmeldung zu bringen. Die freihändige Vermietung ist aufgehoben, die Zuweisung von Mietern erfolgt lediglich durch das Wohnungsamt. Kommt zwischen dem Vermieter und dem vom Wohnungsamt benannten Mieter ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt das Mieteinigungsamt auf Anrufen des Wohnungsamtes diesen fest. Umgehungen der Verordnung werden mit hohen Strafen belegt. Der ohne Wohnungsamt geschlossene Mietvertrag ist unqültig und ist das Wohnungsamt befugt, die etwa widerrechtlich bezogenen Wohnungen polizeilich räumen zu lassen.

* **Vertrieb von Umsatzsteuermarken.** Hochwertige Umsatzsteuermarken zu 15, 20, 25, 50 und 100 Mark werden künftig von den Postanstalten vertrieben werden. Im Bedarfsfalle können solche bei den Postanstalten bestellt werden.

* **Paketverkehr mit dem Saargebiet.** Anhaben von Postscheckkonten ist die gestattet, ihr Verkehr mit dem Saargebiet bei Paketen mit Nachnahme den Auslandspaketkarten bis auf weiteres Zahlkarten des inneren Verkehrs heizufügen.

* **Offener Brief an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Halle.** Der Versammlungsbericht (Nr 50 der Volksstimme) über die am Dienstag, den 24. Febr. in Wilsdorfs Gesellschaftshaus stattgefundene Versammlung der kriegsbeschädigten Eisenbahner, entspricht nicht den Tatsachen. In dem Bericht wird gesagt, daß sämtliche Organisationen und Körperschaften an dieser Versammlung eingeladen und erschienen sind, dies ist unzutreffend, z. B. hat der Beamtenhauptausschuß eine Beteiligung in dieser Sache grundsätzlich abgelehnt. Ein anwesendes Mitglied desselben vertrat dann auch „als Person" seinen Standpunkt. So gut wohl der Gedanke gemeint ist, für die Kriegsbeschädigten eine Sondervertretung zu schaffen, so ist dieselbe vollständig überflüssig. Dies hat auch die Diskussion bewiesen. Für sämtliche Kriegsbeschädigten kann es nur von Vorteil sein, wenn dieselben ihre berufliche Vertretung nicht in Sonderorganisationen erblicken, sondern in den Zentralorganisationen der freien Gewerkschaften. Dies besagt auch der Konarek des Gewerkschaftsbundes in Nürnberg. Nicht wahr ist es, daß ihnen Vertreter der anwesenden Fach- und Zentralorganisationen das bedrohte Recht zusprachen, einen Vertreter im Beamten- und Arbeiterrat der Eisenbahn-Direktion zu beanspruchen. Wahr ist, daß die Vertreter wohl ihre persönliche Ansicht über die Sondervertretung kundgaben, eine bestimmte Erklärung haben sie aber von keinem erhalten. Meine Ausführungen betonten klar, daß Sonderbündeleien dieselben Verhältnisse schaffen würden als sie früher waren. Vielmehr wäre es empfehlenswerter, daß sich die Kriegsbeschädigten den betreffenden Zentralorganisationen der freien Gewerkschaften anschließen würden. Diese vertreten auch die Interessen der Kriegsbeschädigten. Somit ist eine Sondervertretung der Kriegsbeschädigten vollständig überflüssig, wenn diese sich in den Ausschüssen um betätigen (Herr Riedler rief: das wollen wir gar nicht) wird neben den allgemeinen Interessen auch die der Kriegsbeschädigten gewahrt. Ich bedauerte dieses um so mehr, da doch gerade die jüngeren Kollegen zu diesen Vertretungen herangebildet werden müßten. Ferner erklärte ich, daß in den Ausschüssen zum größten Teil schon Kriegsbeschädigte als Vertreter vorhanden sind. Ein Mitglied des hiesigen Direktions-Arbeiterrates ist Kriegsbeschädigter. Auch sind sehr viele Vertreter der Zentralorganisation Kriegsbeschädigte, und kennen somit auch die Leiden derselben und wissen diese vollauf zu würdigen. Wenn die Organisationen dem Reichsbund des Recht der Sondervertretung zubilligen, müssten dieselben jedem sich mit Sonderinteressen tragenden Verein dasselbe zugestehen. Die Folge wäre Zersplitterung in Dutzenden Vereine und keine Anerkennung bei Behörden im volkswirtschaftlichen Kampfe. In diesem Sinne sprachen noch mehrere Redner, unter ihnen auch Vertreter des Direktions-Arbeiterrates.

C. Eitelörge,
Bevollmächtiger des deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, gelangt die Oper „Carmen" zur Aufführung. Donnerstag „Königskinder". Freitag „Der Freischütz". Sonnabend geht Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung" in Szene. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Don Carlos", 2. Teil, abends „Zigeuner Hochzeit". Montag „Königskinder".

* **Im Reichshof.** Alte Promenade 6, finden täglich Nachmittag- und Abend-Konzerte statt, unter der bewährten Leitung des Kapellmeisters Rich. Auch aus Berlin. Sonntags von 11 bis 1 Uhr Matinee. (Siehe auch Inserat.)

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag abend 7½ Uhr, findet das VI. Gesellschaftskonzert (als letztes Gesellschaftskonzert in der diesjährigen Wintersaison) von der Kapelle des 1. Landwehrregiments unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Streuer statt. Die Vortragsfolge enthält besonders auserwählte Stücke. Zwischen dem ersten und zweiten Konzertteil wird Direktor Dr. Kniesche die Konzertgäste des heim fünften Gesellschaftskonzert bekannenen Vortrages mit Lichtbildern „Über die Tiere des Zoologischen Gartens" bringen. Die Veranstaltung verspricht den Besuchern einen genußreichen Abend. Außerdem wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 7. März der erste „Billige Sonntag" bei sehr ermäßigten Eintrittspreisen stattfindet.

* **Unter der Ernährungskrise,** die seit 5 Jahren eine außerordentliche Umstellung in der Ernährung nötig gemacht hat, haben natürlich die Ernährungsorgane am meisten gelitten, Magen- und Darmkrankheiten allenthalben angenommen. Es wird deshalb interessant sein, über die Häufigkeit der Magenkrankheiten, die ja eine der letzten Stützungen des mittleren Lebensalters bedeuten, die Ausführungen zu hören, die vom Standpunkte der biologischen Medizin Herr Dr. Bohn in einem von dem Verein „Gesundheitspflege" und Naturheilverein „Halle-Nord" veranstalteten Vortrage am Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr, im Reform-Realgymnasium machen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0005

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Ein Protestschrei gegen die Kriegsbarbarei.

Daß Hunderttausende von deutschen und russischen Kriegsgefangenen auf das Ergebnis der jetzt augenblicklich in Berlin schwebenden Verhandlungen über die Freilassung der Kriegsgefangenen zwischen den russischen und deutschen Vertretern mit Sehnsucht und banger Erwartung harren, zeigt folgender Aufruf, der uns aus dem Gefangenenlager Merseburg mit der Bitte um Veröffentlichung von russischen Kriegsgefangenen zugestellt wurde. Dieser Schrei nach Erlösung und endliche Freiheit ist nicht nur die Stimme der 200 000 in Deutschland noch internierten Russen, sondern er erinnert uns auch an unsere unter unerhörten Qualen in Sibirien schmachtenden Volksgenossen. Es ist ein Ruf an das Gewissen der ganzen Menschheit, der vor allem aber an den „Kultur"nationen des Westens dringen sollte. Dem Aufruf entnehmen wir folgende Zeilen:

Nach dem endgültigen Friedensschluß von Versailles, nach fünfjährigen Bewerben und ungeheuren Entbehrungen in der Fremde, ist es endlich auch den deutschen Kriegsgefangenen möglich geworden, in ihre Heimat zu ihren Familien zurückzukehren. Diese große Freude jemals zu erleben, scheint uns russischen Kriegsgefangenen, die wir wie vor, bis zur Stunde, im Gefangenenlager hinter Stacheldraht eingesperrt sind, niemals gegönnt zu werden. Zur Zeit sind es politische Erwägungen der Kapitalisten — der ganzen Welt (bekanntlich hat uns die Entente den Austausch der Kriegsgefangenen verboten. D. R.), die ca. 200 000 russische Staatsbürger auch jetzt noch unter dem Fluch und der Schmach der Gefangenschaft festhalten. Von der ganzen Welt verlassen, der Möglichkeit beraubt, auch nur die einfachsten und notwendigsten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, erdrückt durch die schwere Lebenslage und qualvolle Sehnsucht nach der Heimat, wandern Wunden von uns ins Grab. Während der ganzen leidensvollen, sechsjährigen Gefangenschaft waren die Mütter in sämtlichen Ländern die einzigen, die Mitleid mit uns hatten und wiederholt energisch die Rücksendung sämtlicher Kriegsgefangenen in ihre Heimat forderten. Jedoch die atavistische Koalition der Gewalthaber achtet weder auf die Tränen der Mütter noch auf unsere endlosen Leiden.

Wir wenden uns mit der flehenden Bitte an alle Humanendenkenden, in denen die Gefühle für Gerechtigkeit und Menschlichkeit noch nicht erstorben sind, uns zu helfen, uns unschuldig Verkommenden vom Joch der Gefangenschaft zu befreien und uns die Rückkehr in unsere liebe Heimat, zu unseren lieben Angehörigen, die wir liebenden Herzen unserer harren, zu ermöglichen.

Wir verlangen heute unsere Heimsendung, verlangen sie sofort und werden jedem dankbar sein, der unseren Notschrei hörbar macht.

Russische Kriegsgefangene.

Hoffentlich gedeihen die Verhandlungen soweit, daß allen diesen unschuldig Leidenden bald die Befreiungsstunde schlägt. Wir aber wollen hoffen, daß nicht nur unsere Brüder aus Sibirien heimkehren, sondern daß auch alle Gefangenenlager vom deutschen Boden so schnell wie möglich verschwinden.

Merseburg. Siebenter Bildungsabend des sozialdemokratischen Vereins Merseburg. Am Freitag, den 5. März, pünktlich abends 7 Uhr wird im Tivoli-Theater die 7. Einheitsvorstellung stattfinden. „Der Pfarrer von Kirchfeld" von L. Anzengruber kommt zur Aufführung. Dieses vieraktige Volksstück veranschaulicht, daß auch in Bezug auf Religion die gegebenen natürlichen Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Man durchlebt die Seelenkämpfe des hochachtbaren und edlen Pfarrers Helf in Kirchfeld, der eben auch als Mensch fühlt. Weiter zeigt es uns, daß, wenn kirchliche Einrichtungen schroff und falsch angewendet werden — wie es dem Wurzellipp gegenüber geschieht, dem ein Priester den Bann mit seiner andersgläubigen Gattin verweigert, — diese Einrichtungen zum Schaden der betroffenen Person und der Allgemeinheit wirken müssen. Näheres im Anzeigenteil.

Brachstedt. Herr Thormann „siegt" weiter. Nachdem der Herr „Inspektor" oder wie er sich auch schon nennen läßt „Administrator" Thormann bereits einige „mißliebige" Personen vom Rittergute „entfernen" konnte, ist es ihm nun nach vieler Mühe auch gelungen, noch als letzten Stein, den bereits ebenfalls seit 12 Jahren auf dem Rittergut tätigen Hofverwalter Hädicke, und zwar eines nicht nennenswerten Anstoßes wegen, „aus dem Wege" zu räumen. Der Aufstieg ist schon bedeutend erleichtert. Wenn nun noch der frühere Besitzer, Herr Manuel, in nächster Zeit Brachstedt verlassen haben wird, dürfte endlich mit aller Intelligenz und allem Widerspruchsgeist, mit denen zusammen nun einmal Herr Thormann nicht „arbeiten" kann, aufgeräumt sein. Es würde sich nur noch erübrigen, die Landwirte und alle die Personen, welche Landwirtschaft beurteilen können, von Brachstedt zu verbannen. Dann erst würde seiner „einwandfreien Anerkennung" des Herrn Thormann nichts mehr entgegenstehen. Man muß nun doch schon fragen, will oder kann der Besitzer des Rittergutes, Herr Paul Rabe, Giebichenstein, nichts tun, um dem Treiben seines Inspektors, von dem selbst die berühmte Großmutter des Teufels noch lernen kann, endlich Einhalt zu gebieten?

Zeitz. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stand ein Antrag der U.-S.-Fraktion zur Beratung, der die Haftentlassung des Stadtverordneten Drechsler behandelte. D. ist bekanntlich wegen angeblichen Freiheitsberaubung, begangen in den Märztagen v. J. an dem Hptm. v. Winterfeldt, in Haft genommen worden. Währenddem sich unsere Genossen für den Antrag aussprachen, versuchten die Bürgerlichen sich durch allerhand schöne Reden ihr Gesicht zu halten, indem sie erklärten, die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung dürften nicht so weit gehen, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen. Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. — Der Anstellung von zwei weiteren Kriminalbeamten wurde zugestimmt. — Eine recht rege Debatte entwickelte sich bei dem Punkt: Einführung der Einheitsschule in Zeitz ab Ostern d. J. Der Berichterstatter Stv. Handelslehrer Ehrhardt (Zgl.) trat warm für die Einführung der Einheitsschule ein. Herr 1. Bürgermeister Löffler (U. S.) erklärte, daß bis jetzt Raubbau mit unseren Kräften getrieben sei. In Zukunft müsse aber den Kindern aller Klassen der Aufstieg gewährleistet sein. Trotzdem nun war die Einheitsschule in ihren Grundlagen in der Reichsverfassung verankert sei, habe die Abteilung für Kirchen und Schulen in Merseburg die Genehmigung verdient. Auf eine Eingabe an das Kultus-Ministerium in Berlin ist ein Bescheid noch nicht eingegangen. Lehrkräfte sind noch genügend vorhanden und die Kosten daher nicht so einschneidend. Nun trat ein die Gegner der Vorlage, die Stv. Prof. Siegert und Dr. Richter (Bgl.) auf den Plan. Nachdem beide die Tätigkeit des Magistrats dahin kritisierten, daß die Vorlage nicht genügend vorbereitet sei, Stv. Siegert bezeichnete das jetzige Vorhaben als Quacksalberei und er als Akademiker würde es bei einer derartigen Einrichtung vorziehen, die Schulmeisterei an den Nagel zu hängen und in den Schacht gehen. (Na denn man los.) Der Charakter des Menschen bilde sich im Leben. Wie sich dieser Charakter bei unseren Bürgerlichen geäußert hat, zeigte ein Beschluß des Bürgerausschusses der Stadt Zeitz, der in dessen Sitzung am 22. Januar d. J. gefaßt wurde. Gen. Dörfer gab diese Beschlußfassung bekannt. Es heißt darin: Das Zustandekommen einer sozialistischen Mehrheit im Magistrat ist mit allen Mitteln zu verhindern. Es sollen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, daß der neue 2. Bürgermeister (Gen. Dr. Schröder) in Zeitz keine Wohnung bekommt. Die bürgerlichen Stadträte sollen den Bürgermeistern mit Rat und Tat nicht zur Seite stehen, sondern nur nein zu oder Nein, bezw. mit Ausflüchten antworten. Die städtischen Beamten sollen angewiesen werden, in ihrer Pflicht auf das Allernotwendigste zu tun, im übrigen eine passive Resistenz zu bewahren. Als auf diese Beschlüsse der bisherige Stadtrat Dr. Drentlüfter erklärte: Meine Herren, das geht zu weit, dadurch werden die städtischen Interessen gefährdet, entgegnete der Stv. Dr. Richter: Es ist ganz gleich, ob die Interessen der Stadt gefährdet werden. Für uns ist die Hauptsache, daß wir (die Bürgerlichen) uns unsere Position sichern! — Genosse Dörfer erklärte, daß somit für die Leute, die zum Mittel der Schotage greifen, jede Kritik unberechtigt ist. Daß Ihnen, meine Herren recht wenig an der Bildung der unteren Schichten gelegen ist, beweist ja auch, daß in der fraglichen Sitzung des Bürgerausschusses behauptet wurde, daß der Lehrplan über die Wirtschaftslehre an der Volksschule zu leicht verständlich behandelt werde. Man dürfe die breite Masse nicht so einschnd vertraut machen. — In seinen weiteren Ausführungen trat Gen. Dörfer für die Einheitsschule ein. Gen. Abendroth polemisierte ebenfalls gegen die Bürgerlichen und fordert sie auf, auch die Gründe zu nennen, die gegen die Einheitsschule sprechen. Er erblickte in dem Verhalten eine Verschleppungstaktik der Bürgerlichen, die schon jetzt stark darauf rechnen, im nächsten Wahlkampf als Sieger hervorzugehen. Nach 1½stündiger Debatte wurde der Antrag mit den Ja, und einer bürgerlichen Stimme angenommen. — Die Einrichtung einer Mädchen-Pflichtfortbildungsschule für alle Schulentlassenen Mädchen bis zum 18. Lebensjahre wurde beschlossen. — Für die Geschädigten wurden 100 M. bewilligt. (Die Halli'schen Unabhängigen hatten diese Spende abgelehnt!) — Den bedürftigen Kriegsbeschädigten, Kriegsveteranen und Kriegshinterbliebenen wurde eine städtische Ehrengabe von je 300 M. bewilligt. Die Gesamtsumme dazu betragen rund 200 000 Mark. — Die Gaspreise werden ab 1. März um weitere 15 Pfg. erhöht. Für 1 Kubikmeter Gas müssen also in Zukunft 0,75 M. bezahlt werden. — Die Preise für elektrisches Licht und Kraft werden ebenfalls erhöht und zwar Licht auf 1,05 und Kraft auf 0,70 M. — Für Beschaffung von Büchern für arme Schulkinder werden in diesem Jahre 20 000 M. bewilligt. — Einige Eingänge werden dem Magistrat überwiesen.

Naumburg. Zum Inseratenspaltentrieg in der „Tinte". In einem Inserat des Naumburger Tageblattes, das die Sozialmarke: „Wer uns heute regiert?" trägt, keine Unterschrift hat und sich damit ganz besonders als Pamphlet ausweist, versucht irgend ein „deutschnationaler" „Anonymus" namhafte Vertreter des deutschen Volkes mit Verleumdungsschmutz zu beladen. Diese Männer, die aus dem unerschöpflichen Born unserer Volkskraft, aus der Mitte der Volksmassen heraus, zu verantwortungsvollen Staatsposten emporgestiegen sind, haben es dem scheinbar „feudalen" Verfasser wegen ihrer „niedrigen" Herkunft angetan. An die meisten der angeführten Namen wird außer dem „Beruf Arbeiter" usw. noch ein Verleumdungsdrechslerwitz nach dem anderen angehängt. So wird der zweite Bürgermeister für Stassfurt, der große Wickerowski folgendermaßen „gekennzeichnet": „Wegen Meineids mit Zuchthaus vorbestraft!" Wir möchten nochmals daran erinnern, daß diese „Weisheit" aus den Lügenmeldungen der „deutschnationalen" Presse stammt, die als fetter Bissen von den alldeutschen Agitationsmönlern geschnappt und durch den ganzen deutschen schwarzweißroten Blätterwald geweht wurden. Man lief gegen die Ernennung des Gen. Wickerowski Sturm und was hat sich nach Prüfung all dieser Lästermeldungen ergeben? Der Genosse wurde bestätigt, trotzdem er tatsächlich einige Jahre Zuchthaus hinter sich hatte. Bestätigt wurde er, weil er unschuldig, mit vielen Stassfurter Genossinnen und Genossen zusammen, seine Zuchthausstrafe als Märtyrer für die Sache des Proletariats verbüßte, da er und seine Leidensgefährten dem Meineid eines Kriminalwachtmeisters zum Opfer gefallen waren. Es ist ganz gut, wenn man das Gedächtnis der Volksgenossen noch einmal etwas über diese Vorgänge auffrischt. Damals wanderten eine ganze Reihe Bücher einer sozialdemokratischen Versammlung, Männer und Frauen, Arbeitervater und -Mütter wegen „Meineids" hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern. Erst nach Jahrzehnten wurden sie vom Justizminister begnadigt, da er von ihrer Unschuld überzeugt war und ein Wiederaufnahmeverfahren nicht mehr vorgenommen werden konnte. Nicht die Verleumdungsbücher, sondern die damalige „Staatsstütze", der Kriminalwachtmeister aber hatte einen Meineid geschworen. Man muß sich nur immer wieder über die beispiellose Kühnheit (oder ist es etwas anderes?) der Reaktionäre wundern, die sich erdreisten, derartige Eiterbeulen des (ihres) vergangenen, und nun endlich glücklich zerschlagenen Systems, anzuschneiden. Die schmutzige Verleumdungstaktik der Sozialistenfresser, die selbst aus einem derartig erschlichenen Justizirrtum noch parteipolitisches Kapital schlagen, muß jedem anständigen Menschen den Ekel vor diesen politischen Aasgeiern antommen lassen. Mit dem „deutschnationalen" Kaiserspiel, das im Inseratenteil der „Tinte" in Szene geht wird, stoßen diese politischen Marionetten auch ihre letzten doch noch an etwas bessere Kost gewöhnten Zuschauer ab. Uns kann dies nur recht sein, denn damit werden diese Sumpfpolitiker bald in ihrem eigenen Verleumdungsschmutz ersticken, und die Naumburger Bevölkerung wird endlich dann von einer wahren Landplage befreit sein.

Bitterfeld. Generalversammlung des D. Met.-Arb.-Verb. Den Jahresbericht der Ortsverwaltung gab Koll. Lebbin. Er führte aus, daß sich die Tätigkeit der Verwaltung hauptsächlich auf dem Gebiete der Lohnverhandlungen bewegte, die auch zum größten Teile zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Die Tarifabschlüsse im Bergbau und in der Chemie brachten, da sie für ganz Mitteldeutschland bindend waren, in manchen Gegenden, besonders in Thüringen, bedeutende Lohnerhöhungen. Der verlorene Generalstreik hat die Verhandlungen wesentlich erschwert, und es trifft die älteren, gewerkschaftlich geschulten Kolleegen die Schuld, daß sie dem Treiben einer kleinen Minderheit nicht Einhalt geboten haben. Auf Wunsch der Versammlung besprach Koll. Lebbin noch kurz einige wesentliche Punkte des Betriebsrätegesetzes und streifte anschließend die Wahlen zu demselben, zu welch letzteren in einem hiesigen größeren Betriebe nur acht verschiedene Listen aufgestellt wurden. Für uns kommt selbstverständlich nur eine von den Gewerkschaften aufgestellte Liste in Frage. Anschließend daran berichtete Koll. Spengler über die Kassenverhältnisse und die Mitgliederbewegung des verflossenen Jahres. Die Mitgliederzahl betrug am Anfange des Jahres 1378 und am Ende desselben 2095. Kommentar überflüssig! Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In der Diskussion warf Koll. Andreae die Frage auf, ob man zur Anstellung eines Hauptkassierer schreiten könne. In Anbetracht der geringen Ausdehnung des Bezirks mußte davon Abstand genommen werden. Auf Antrag des Koll. Wagner wurde dem Kassierer anläßlich der Streikgelderauszahlung 200 M. Mankogeld bewilligt. Alsdann fand die Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Als erster Bevollmächtigter alt Koll. Lebbin, als zweiter Koll. Spengler. Als Revisoren wurden die Koll. Wolff, Ritter und Salewski, als Beisitzer die Koll. Blum, Ackermann, Richter und Schiffel gewählt. In den Ortsausschuß (Kartell) wurden die Kollegen: Lebbin, Spengler, Blum, Andreae, Wagner, Otto, Dietrich, Hennig, Bartholomäus, Salewski, Waldschmidt und Richter delegiert. Zum Punkt Verschiedenes entspann sich nochmals eine Debatte über die Betriebsräte. Ebenso wurde zur Frage der Arbeitsgemeinschaft, die ja von der letzten Generalversammlung verworfen wurde, Stellung genommen. Hier am Orte können sich die Metallarbeiter nicht von der Gemeinschaft ausschließen, weil ihr die führenden Organisationen, Fabrik- und Werkarbeiter angehören. Als Vertreter des Met.-Arb.-Verb. für die Unterstützung des Verbandes wurden die Koll. Otto und Simon gewählt. Ebenso wurde beschlossen, zur Entlastung der Bevollmächtigten eine weibliche Schreibhilfe anzustellen, damit im neuen Jahre mehr Zeit zur Bildungs- und Außenarbeit verbleibt.

Schmerkendorf b. Zaltenberg. Oeffentliche Volksversammlung. Am Sonntag, den 29. 2., fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Die Versammlung war zwar mittelmäßig besucht, aber der zum Referenten gewonnene Gen. Wiegand, Wittenberg, verstand es, die Anwesenden mit seinem Referat zu fesseln. Er behandelte Deutschlands wirtschaftliche und politische Lage und verstand es, mit dunkelst scharfen Umrissen den Versammelten ein Bild unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens zu geben. Daß die Versammlung nicht ohne Erfolg geblieben ist, beweisen die zahlreichen Anfragen und Eintritte, die jetzt immer noch eingehen. Die gesamte schaffende Bevölkerung von Schmerkendorf muß unserem Verein beitreten, denn der Reaktion müssen wir bei den nächsten Wahlen ein geschlossenes Lanzes gegenüberstellen.

Aus aller Welt.

Bura. Explosion eines Pulvermagazins. Bei einem versuchten Einbruch in das Pulvermagazin in Bura entstand eine Explosion, die das Magazin vollständig vernichtete. Einer der Diebe fand dabei seinen Tod, einer wurde schwer verletzt von den dritten selbst bis jetzt jede Spur.

Der Flecktyphus greift in Sowjetrußland und den Randstaaten in erschreckender Weise um sich. In einzelnen Gebieten ist über die Hälfte der Bevölkerung davon heimgesucht. Warschau hat unerfahre 5000 angemeldete Krankheitsfälle. Die im vergangenen Sommer nach Polen entsandte amerikanische Abordnung zur Bekämpfung der Seuche ist machtlos. Viele ihrer Mitglieder sind der Krankheit zum Opfer gefallen. Es fehlt an Arzneien und Aerzten.

Parteinachrichten.

Ein neues Parteiblatt ist im besonderen Gebiet des früheren Reichstagswahlkreises Höchst, Hamburg, Hanau gegründet worden, das den Titel „Freie Presse" führen wird und vom 1. März ab täglich sechseitig erscheinen soll. Wiederholt wurde der Versuch gemacht, die Frankfurter „Volksstimme" wieder einzuführen, die mit der Arbeiterbewegung dieses Kreises in einer Fühlung steht. Aber nach den wiederholten Verboten dieses Blattes durch die Franzosen dürfen es gewagt, sich auf die „Volksstimme" festzulegen. Die immer größeren Schwierigkeiten ausgesetzt sein wird, weil sie im unbesetzten Gebiet erscheint. Aus diesem Grunde wurde zur Neugründung der „Freien Presse" geschritten.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe.

Am 23. Februar 1920 trat der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium erneut zusammen. Nach eingehender Prüfung der Einwände des Arbeitgeberverbandes gegen das Schlichtungsverfahren und der von den Arbeitnehmerverbänden beigebrachten Unterlagen kam der Schlichtungsausschuß zu der Auffassung, daß nur eine Minderheit der im Versicherungsgewerbe tätigen Angestellten bis zum 16. Februar 1920 durch Reversunterschrift sich mit den vertraglichen Vereinbarungen vom 5. und 12. Februar 1920 einverstanden erklärt hatte, und damit materiell der Anlaß für den Eintritt in die Verhandlungen gegeben war.

Nach fünftägiger Dauer wurden die bis spät in die Nacht hinein währenden Verhandlungen am 27. Februar 1920 zu Ende geführt und der Schiedsspruch verkündet. Durch den Schiedsspruch wird der einheitliche Reichstarifvertrag für alle Versicherungsangestellten sowohl der Direktionsbetriebe als auch der Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturen eingeführt. Sämtliche Bestimmungen knüpfen an die tariflichen Regelungen vom 5. und 12. Februar 1920 und an die dazu gehörigen protokollarischen Erläuterungen an. Das System der Entlohnung wird im großen und ganzen beibehalten mit der Aenderung, daß die Verheirateten- und Kinderzulagen monatlich zur Auszahlung gelangen und nicht einen Bestandteil des festen Gehaltes, sondern eine Teuerungszulage bilden. Die neuen Gehälter der Lehrlinge und Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahre richteten sich den jetzt in anderen ähnlich gelagerten Gewerbezweigen bezahlten Löhnen an. Die Gehälter der Jugendlichen von 18 bis 20 Jahren wurden um 300 M. bezw. 400 M., für die Angestellten vom 21. bis zum 23. Lebensjahre um 500 M., bis zum 32. Lebensjahre um 600 M. und darüber hinaus bis zum 45. Lebensjahre um 700 M. jährlich erhöht. Die Arbeitszeit ist werktäglich 8 Stunden, nur Sonnabends 5 Stunden.

Der Mindesturlaub wurde auf 10 Arbeitstage festgesetzt, dabei hat der Schlichtungsausschuß aus volksbaienischen Gründen eine vorzeitige Beurlaubtnung der Jugendlichen empfohlen, indem er den Parteien nahelegte, bis zum 15. Lebensjahre zweimal 12 und im 16. Lebensjahre zweimal 10 Arbeitstage Urlaub zu gewähren. Später steigt der Urlaub bis zu 4 Wochen.

Die in den Verträgen vom 5. und 12. Februar vorgesehene Klassifizierung der Angestellten ist in den neuen Vertrag zu übernehmen. Für die örtliche Bemessung der Bezüge sind fünf Ortsklassen gebildet, die sich der Reichsbesoldungsordnung anschließen und mit ihrer etwaigen Abänderung gleichfalls geändert werden. Die Abschläge in den niedrigen Klassen betragen je 5 Proz.

Versammlungs-Kalender

Schiedau. Die nächste Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet Freitag abend 7½ Uhr beim Genossen Schumann statt. Tagesordnung: 1. Steuerangelegenheit. 2. Bericht über die Bezirkskonferenz in Halle. 3. Vortrag über Boeris Leben und Wirken. 1. Band: Aus meinem Leben. 4. Verschiedenes. 7 Uhr: Preßkommission.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, G. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett in Dose in der Talamtschule, am Donnerstag, den 4. März 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 001 bis 61 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushalts kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines eine Dose weiße Bohnen mit Fett, zum Preise von 3 M. für die Dose, abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Ackerbohnen und Auslandsmarmelade. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Ackerbohnen und Auslandsmarmelade vom 4.—6. März 1920 abzurufen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abgetrennten Marken hat bis spätestens zum 22. März 1920, zu Händen des Stadtverordnetenamt, Marktplatz 22, 1 Obergeschoß (Saal links), unter Angabe ihres Reichskundenamtes zu geschehen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Städtischer Verkauf von Milchküsselpulver und Puddingpulver in der Talamtschule, am Donnerstag, den 4. März 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 601 bis 61 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 68 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket Milchküsselpulver zum Preise von 55 Pfg. oder ein Paket Puddingpulver zum Preise von 30 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 3. März 1920. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200303-18/fragment/page=0006